



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Eine Friedensordnung, die das Recht auf einen sicheren Frieden für jeden achtet

von Karl-Jürgen Müller

In den vergangenen zwei Wochen wurden erneut Vorschläge gemacht, die in die Richtung einer künftigen Friedensordnung für die Ukraine, ihr Nachbarland Russland und für Europa gehen.¹ In der Tat stehen wir vor der Aufgabe, Eckpunkte einer Friedensordnung zu formulieren, die die Rechte der Menschen und der Völker achtet, die Gleichberechtigung der Staaten und das Recht aller Menschen und Völker auf einen sicheren Frieden.

Eine solche Friedensordnung wäre etwas Neues in der europäischen Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Denn weder nach dem Ersten noch nach dem Zweiten Weltkrieg noch nach dem Ende des ersten Kalten Krieges hat es eine solche Friedensordnung gegeben. Immer haben die Sieger diktiert – mal ganz offen, wie nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, mal mit Doppelzüngigkeit wie nach dem ersten Kalten Krieg. Diese vermeintlichen Friedensordnungen trugen – weil sie nicht gerecht waren – immer schon den Kern neuer schwerwiegender Konflikte oder sogar von Kriegen in sich.

Die Fokussierung auf den 24. Februar 2022 greift zu kurz

Wer bei der Frage nach einer künftigen europäischen Friedensordnung nur den 24. Februar 2022, den Tag des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine, im Auge hat, greift zu kurz. Kriege haben langfristige, «strukturelle» Ursachen. Die Suche nach einer künftigen Friedensordnung muss sich mit diesen langfristigen Ursachen beschäftigen, mit den «Strukturen», die Frieden gefährden beziehungsweise verhindern. Deshalb ist es unverzichtbar, bei der Suche nach einer dauerhaften Friedensordnung die Geschichte zu kennen und zu berücksichtigen. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine kann nicht angemessen beurteilt

werden, wenn die vergangenen 32 Jahre Weltgeschichte unbeachtet bleiben.

Das Problem der Profiteure des Krieges ...

Das grösste Problem bei der Verwirklichung einer Friedensordnung sind die Kräfte, die man als Profiteure des Krieges bezeichnen muss, auch eines Kalten Krieges – mit materiellen Interessen und/oder machtpolitischen Zielen. Eine menschenfeindliche Weltanschauung kommt in der Regel hinzu. Diese Kräfte stellen sich einem gerechten Frieden in den Weg. Sie schüren Unfrieden, provozieren kalte und heisse Kriege und sorgen für deren Verlängerung. Nicht selten zeigen sie dabei mit dem Finger auf die anderen und waschen ihre Hände in Unschuld, ganz nach dem Prinzip: «Haltet den Dieb!». Ihnen zu Diensten stehen Medien, die die Menschen zu manipulieren versuchen, emotionalisieren, Mitgefühl missbrauchen und eigenständiges Denken verhindern sollen. Der letzte Rest von Seriosität wird einer unerträglichen Propaganda geopfert. Was wir diesbezüglich derzeit in unseren Ländern erleben, ist so noch nicht dagewesen.²

Und es liegt auf der Hand, dass es bei der derzeitigen Kampagne um mehr geht als das Verhältnis der europäischen Staaten zu Russland. Ganz deutlich merkt man dies in Ländern wie der Schweiz, Österreich und Deutschland. Mittels einer «Schock-Strategie»³ sollen die Restbestände an Eigenständigkeit getilgt werden. Das «alte Europa» (so die abschätzige Bemerkung des ehemaligen US-Verteidigungsministers und Neokonservativen Donald Rumsfeld über die europäischen Staaten, die 2003 nicht beim Irak-Krieg mitmachen wollten) soll für immer passé sein. Das verheisst nichts Gutes.

... und die Rolle der Medien

Stefan Zweig schrieb kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs über die Rolle der Medien:

«Sie hatten die Hasstrommel geschlagen und schlugen sie kräftig, bis jedem Unbefangenen die Ohren gellten und das Herz erschauerte. Gehorsam dienten sie fast alle in Deutschland, in Frankreich, in Italien, in Russland, in Belgien der Kriegspropaganda und damit dem Massenwahn und Massenhass des Krieges, statt ihn zu bekämpfen.» Und Alfred Adler schrieb 1919 über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs: «Zeitungen und Zeitschriften, Politiker und Parteien buhlten um die Gunst der Herrschenden.» Das ist heute nicht anders – aber wohin soll das führen?

Kriegsprofiteure gibt es auch heute noch. Die Artikel von Eberhard Hamer in *Zeit-Fragen* Nr. 5 vom 22. Februar 2022 und Michael Hudson in *Zeit-Fragen* Nr. 6 vom 8. März 2022 handeln von ihnen. Eine Friedensordnung, die diese Kräfte nicht einhegt, wird keinen Bestand haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren viele Menschen klüger

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren sich viele Menschen einig: Der wuchernde Kapitalismus der Vorkriegsjahre trug eine Hauptverantwortung für den Krieg. Selbst im Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom Februar 1947 hiess es deshalb:

«Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozial-

verfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äusseren Frieden sichert.»

Diese grundsätzlichen Überlegungen waren damals nicht zu verwirklichen. Heute wieder eine öffentliche Debatte zu führen, die diese Gesichtspunkte mit einbezieht, würde Europa aber mehr Ausblick eröffnen als das auf die Spitze getriebene Feindbild Russland.

Idealismus und Realismus beim Blick auf den Frieden

Bemühungen, Grundlagen für einen gerechten Frieden zu formulieren, gibt es viele. So arbeitet zum Beispiel die Ökumene der christlichen Kirchen schon seit vielen Jahren an einem solchen Konzept und hat 2009 einen umfangreichen Entwurf zur Frage des gerechten Friedens vorgelegt.⁴ Solche Konzepte sind sehr wertvoll und enthalten für alle Menschen, die sich um Frieden bemühen, wichtige Anregungen und Leitplanken. Aber sie formulieren auch sehr hohe Ansprüche, so dass zu befürchten ist, dass sie – zumindest auf absehbare Zeit – nur eine geringe Chance auf eine praktische Umsetzung haben. Möglich sind aber Schritte in die richtige Richtung.

Auch beim Ziel des gerechten Friedens braucht es eine Kombination aus Idealismus und Realismus, so wie es Hans Köchler in seinem Beitrag für *Zeit-Fragen* Nr. 2 vom 25. Januar 2022 («Macht und Weltordnung») formuliert hat. Idealistisch und realistisch zugleich kann ein Rückgriff auf die grundlegenden Dokumente der Vereinten Nationen und der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit* (OSZE) sein. Diese Dokumente sind nach wie vor gültige und von allen Beteiligten unterzeichnete Rechtsgrundlagen. Vor dem 24. Februar

Fortsetzung auf Seite 2

Friedensentwurf für die Ukraine

Neutralität und Föderalismus als Grundlage für eine friedliche Koexistenz auf zwischenstaatlicher und innerstaatlicher Ebene – Internationale Sicherheitsgarantien im Rahmen eines P5+ Arrangements

11. März 2022

Anknüpfend an die Erklärung vom 12. Februar 2015¹ zu den Ukraine-Friedensgesprächen in Minsk hat der Präsident der International Progress Organization gestern den folgenden vorläufigen Entwurf von Grundsätzen für eine friedliche Lösung des Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine veröffentlicht:

Unter den gegenwärtigen Umständen eines bewaffneten Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine kann die friedliche Koexistenz nur auf der Grundlage der Achtung des Völkerrechts und durch einen politischen Kompromiss zwischen beiden Parteien wiederhergestellt und aufrechterhalten werden. Ersteres beinhaltet die Nichtanwendung von Gewalt und die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine, wie dies von einer überwältigenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in der Resolution ES-11/1 der Generalversammlung vom 2. März 2022 bekräftigt wurde, die gemäss den Bestimmungen der «Uniting for Peace»-Resolution vom 3. November 1950 verabschiedet wurde. Letzteres bezieht sich auf frühere Übereinkünfte und Abkommen zwischen den Konfliktparteien

und auf den Konsens über eine europäische Sicherheitsarchitektur seit der Schlussakte von Helsinki 1975.

Die Unteilbarkeit der Sicherheit in Europa, die auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 feierlich hervorgehoben und in der Charta von Paris für ein Neues Europa (1990) erneut bekräftigt wurde, sollte das Leitprinzip für den weiteren Weg sein. Das Dokument von Istanbul 1999 («Europäische Sicherheitscharta»), das im Rahmen der OSZE (*Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*) verabschiedet und von beiden Konfliktparteien unterzeichnet wurde, bestätigte in Artikel 8 ebenfalls «dasselbe Recht auf Sicherheit» aller europäischen Staaten und legte fest, dass die Staaten «ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen» werden.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Ukraine ein multiethnischer Staat ist, in dem die Russen die grösste Minderheit bilden, können die folgenden Massnahmen einer friedlichen Lösung förderlich sein:

– Vollständige Umsetzung der *Minsker Vereinbarungen* gemäss dem zwischen beiden Parteien – im Rahmen der «Trilateralen Kontaktgruppe» unter Beteiligung der OSZE – am 12. Februar 2015

vereinbarten «Massnahmenpaket». Dazu gehört insbesondere die Bestimmung von Artikel 11 zur Verfassungsreform in der Ukraine, mit dem Ziel einer *Dezentralisierung* und eines *autonomen Status* für russische Mehrheitsgebiete in der Ostregion (Donezk und Lugansk). Der zwischen Österreich und Italien erzielte Kompromiss («Südtirol-Paket») über die Autonomie der mehrheitlich deutschsprachigen Provinz Südtirol könnte als Beispiel dienen.

- Eine *Volksabstimmung* unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und/oder der OSZE auf dem Gebiet der Halbinsel Krim über den endgültigen Status des Gebietes.
- Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes durch das ukrainische Parlament über die *immerwährende Neutralität der Ukraine* in Verbindung mit internationalen Garantien für die Souveränität und territoriale Integrität des Landes (ähnlich wie im Falle Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg und der Schweiz nach den napoleonischen Kriegen). Wie im Falle Österreichs und der Schweiz sollte die Ukraine den Status einer *bewaffneten Neutralität* haben, damit das Land in der Lage bleibt, sich selbst zu verteidigen.

- Die im *Budapester Memorandum* vom 5. Dezember 1994 verankerte Verpflichtung der Ukraine zu einem *atomwaffenfreien Status* sollte – in Verbindung mit einer künftigen Verpflichtung zu immerwährenden Neutralität – von *gläubwürdigen Sicherheitsgarantien* (nicht nur «Zusicherungen») mit präzisen Implementierungsmechanismen seitens der internationalen Gemeinschaft begleitet werden. In dieser Hinsicht sollte das *Budapester Memorandum* durch ein neues internationales Abkommen zwischen der Ukraine und den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats (P5) + der Türkei als regionaler Vermittlungsmacht ersetzt werden, das von allen Unterzeichnerstaaten zu ratifizieren ist.
- Der *Abzug aller ausländischen Truppen* aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet muss mit der *vollständigen Aufhebung der unilateralen Sanktionen* gegen Russland einhergehen.

Hans Köchler, Wien, am 10. März 2022

¹ Stellungnahme des Präsidenten der International Progress Organization zu den Ukraine-Friedensgesprächen in Minsk, 12. Februar 2015 (http://i-p-o.org/Koehler-UKRAINE-MINSK_Talks-Statement-12Feb2015.jpg)

(Übersetzung aus dem englischen Original)

Ein Lösungsvorschlag für den Ukraine-Krieg

von Greg Mello*, Los Alamos Study Group, 7. März 2022

Eine der angesehensten und bestinformierten Anti-Atomkriegsgruppen der Welt ist die Los Alamos Study Group. Die LASG wurde am Ende des Kalten Krieges in Los Alamos, New Mexico, gegründet, wo die ersten Atombomben entwickelt und gebaut wurden, und hat sich zum Ziel gesetzt, Atomwaffen aus der Aussenpolitik zu verbannen. Die LASG hat in den USA bahnbrechende Prozesse in den Bereichen Umweltschutz, Bürgerrechte und Informationsfreiheit gewonnen, Hunderte von Briefings auf höchster Ebene durchgeführt und eine entscheidende Rolle bei der Verhinderung der Produktion der Kernelemente von Plutoniumsprengköpfen gespielt. Angesichts des drohenden Atomkriegs in der Ukraine hat die LASG diese bemerkenswerten und dringende Analyse der Risiken und Lösungen veröffentlicht.

John Pilger

Seit dem Beginn des russischen Einmarsches in der Ukraine ist aus dem regionalen Konflikt ein globaler hybrider Krieg geworden, bei dem immer mehr auf dem Spiel steht, nicht zuletzt die Gefahr eines Atomkriegs.

Die vielleicht grösste Gefahr liegt in den unterschiedlichen Motiven der Parteien, die auch die Hauptursache für diesen Krieg sind: Russland strebt nach Sicherheit, während die USA und ihre Nato-Verbündeten die Ukraine benutzt haben, um diese Sicherheit zu verweigern – um «Russland zu brechen», wie Henry Kissinger es 2015 formulierte. Die USA wollen keinen Frieden, es sei denn, es handelt sich um den Frieden eines besiegten Russlands. Deshalb gibt es kein offensichtliches Ende der Eskalationen und Gegenescalationen. Die USA und die Nato sehen in dem Krieg, den sie so sehr zu provozieren versuchen, eine Chance.

Die Tragödie besteht darin, dass nur wenige Menschen zu verstehen scheinen, dass der Ukraine-Krise eine bestimmte Strategie zugrunde liegt, die als Wolfowitz-Doktrin bekannt ist. Sie ist benannt nach Paul Wolfowitz, der als stellvertretender Verteidigungsminister in der Regierung von George H.W. Bush einer der Autoren eines Dokuments aus dem Jahr 1992 war. In ihm wurde ein neokonservatives Manifest dargelegt, das darauf abzielte, die amerikanische Vorherrschaft im Weltgeschehen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sicherzustellen.

«Unser erstes Ziel», so heisst es in dem Dokument, «ist es, das Wiederauftauchen eines neuen Rivalen [der Vereinigten Staaten] zu verhindern, sei es auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo. [...] Dies

ist eine grundlegende Überlegung, die [einer] regionalen Verteidigungsstrategie zugrunde liegt. Sie erfordert, dass wir uns bemühen, jede feindliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter konsolidierter Kontrolle ausreichen würden, um globale Macht zu erzeugen.»

Die Wolfowitz-Doktrin war der Auslöser dafür, dass die Nato nach dem Kalten Krieg als Instrument der blutigen Aggression gegen Jugoslawien, Afghanistan, den Irak und Libyen eingesetzt wurde. Sie verkündete faktisch, dass die Diplomatie tot sei und die amerikanische Macht notfalls mit Gewalt regiere. Ein wiedererstarktes Russland unter der Führung von Wladimir Putin war das nächste Ziel, und am Horizont zeichnete sich ein aufstrebendes China ab.

Der von Washington eingefädelt Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2014, bei dem ein gewählter Führer abgesetzt wurde, der die Beziehungen seines Landes zum benachbarten Russland stärken wollte, war ein Produkt der Doktrin von 1992 und des damit verbundenen Extremismus. Victoria Nuland, eine neokonservative Ideologin und Präsident Barack Obamas «Ansprechpartnerin» in der Ukraine, hat die gleiche Rolle im Aussenministerium von Präsident Joe Biden gespielt.

Die Doktrin von 1992 wird in einer berühmten RAND-Studie näher erläutert, in der es darum geht, wie man sich übermässig ausbreiten und, in Kissingers Worten, «Russland brechen» kann. Dies ist die heutige Aussenpolitik der USA: eine Tatsache, die von der russischen Führung sehr wohl verstanden wird, da sie ihr Land praktisch als von den Vereinigten Staaten bedroht ansieht.

Das Potential amerikanischer Raketen, die von ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten aus auf Moskau gerichtet sind, und die Stationierung von Nato-Truppen sind die Realität, die sie sehen. Eine militarisierte und stark antirussische Ukraine, die von den USA als Werkzeug benutzt wird, die den Wunsch nach Atomwaffen äussert und kurz davor steht, in russlandfreundliche Provinzen an der russischen Grenze einzumarschieren – all das war zu viel für Russland. Was würden die USA wohl tun, wenn sich eine solche Situation in Mexiko oder Kanada ergeben würde?

Seit 2014 hat es sich die Los Alamos Study Group zur Aufgabe gemacht, den Konflikt in der Ukraine und seine Bedeutung für die Welt zu verstehen. In jenem Jahr haben wir öffentliche Treffen und Teach-ins zu diesem Thema abgehalten und seither versucht, die Entwicklungen so gut wie möglich zu analysieren. In der Obama-Regierung brachten wir unsere Bedenken in die Büros des Nationalen

Sicherheitsrats – und waren entsetzt über den Mangel an Wissen und Verständnis, den wir dort vorfanden.

Viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben zu diesem Konflikt Stellung genommen. Unserer Ansicht nach sind die meisten (nicht alle) ihrer Erklärungen oberflächlich und/oder lassen die Ursachen der Invasion, wie Russland sie versteht, aus, oder sie stimmen mit der Propaganda der USA und der Nato überein.

Die grundlegenden Schlussfolgerungen der Studiengruppe

- Zu verstehen, warum Russland einmarschiert ist, bedeutet nicht, die Invasion zu billigen. Russland ist der Ansicht, dass seine Existenz existenziell bedroht ist. Die Aufrichtigkeit dieser Ansicht zeigt sich in den grossen Risiken, die Russland mit dieser Invasion eingeht, die wir wiederum weder rechtfertigen noch verurteilen müssen. Russlands Standpunkt muss respektiert werden, unabhängig davon, ob wir mit ihm einverstanden sind oder nicht. Das jahrzehntelange Versäumnis der USA und der Nato, den Standpunkt Russlands zu respektieren und den Sicherheitsbedürfnissen Russlands auf humane und vernünftige Weise Rechnung zu tragen, ist die Hauptursache, wenn nicht sogar die einzige wesentliche Ursache für den gegenwärtigen Konflikt.
- Russland zu sagen, was es zu tun hat, ist das Problem, nicht die Lösung. Wir in den Nato-Staaten und im Westen im weiteren Sinne sowie in friedensorientierten Gruppen sollten uns in unseren Forderungen und Beurteilungen auf das beschränken, was wir selbst in unseren eigenen Ländern und in bezug auf die Nato tun können. Es ist unerlässlich, der Ukraine so gut wie möglich Frieden zu bringen und diesen Konflikt nicht weiter anzuhetzen oder auszuweiten. Unsere Worte können töten, aber auch heilen.
- Ein Ende der Invasion und des Krieges in der Ukraine kann nur gewährleistet werden, wenn auch die Sicherheit Russlands gewährleistet ist. Sicherheit ist weitgehend unteilbar. Die Sicherheit eines Staates setzt die Sicherheit anderer Staaten voraus. Dies ist ein Kernprinzip der europäischen Sicherheit, auf dem Russland zu Recht besteht. Die USA sollten das anerkennen. Die Hauptursache für den derzeitigen Konflikt ist der Wunsch der USA, Russland zu schwächen oder zu «brechen».
- Die Menschenrechte, zu denen auch das Recht auf politische Selbstbestimmung gehört, sind Grundpfeiler der westlichen Werte und Institutionen. Die Regierung



Greg Mello (Bild zvg)

der Ukraine hat den Völkern des Donbass die Menschenrechte und die politische Selbstbestimmung verweigert. In den acht Jahren seit dem Putsch von 2014 sind nach Angaben der Vereinten Nationen rund 13 000 Menschen ums Leben gekommen. Die ukrainische Regierung verfolgt eine offen genozidale Politik gegenüber russischen Minderheiten. Seit dem von den USA unterstützten Putsch von 2014 haben die USA und ihre europäischen Verbündeten die Ukraine benutzt, um die russische Sicherheit zu untergraben.

- Nazi- und Neonazi-Gruppierungen und -Ideologien in der Ukraine stellen eine klare Gefahr für die Menschenrechte und das menschliche Leben überall dar.
- Friedens- und nukleare Abrüstungsorganisationen sollten alarmiert sein über die Unterstützung von NGOs für die Bemühungen der USA, Russland zu dämonisieren und zu destabilisieren.

Was die Studiengruppe möchte

1. Wir wollen einen Verhandlungsfrieden zum frühestmöglichen Zeitpunkt. In unseren eigenen Ländern sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um dies zu erreichen. Wir sehen diese Bemühungen nicht.
2. Wir wollen ein Ende der weiteren Eskalation und Ausweitung des Konflikts, der das Wohlergehen und die Sicherheit der ganzen Welt bedroht. Keines unserer Länder sollte in der Ukraine Waffen einführen oder transportieren oder militärische Aktivitäten durchführen oder Ausbildung oder Unterstützung jeglicher Art anbieten. Friedensgruppen sollten sich gegen jede derartige Eskalation wenden. Die Ukraine mit militärischer «Hilfe» zu unterstützen, ist nur ein Weg, um – im Dienste der langfristigen Ziele der USA, Russland zu zerstören – noch mehr Menschen zu töten.

Fortsetzung auf Seite 3

«Eine Friedensordnung, die das Recht ...»

Fortsetzung von Seite 1

2022 haben sich alle Beteiligten immer wieder hierauf berufen. Das heisst doch auch, dass es in diesen Dokumenten Vereinbarungen gibt, die auch jetzt noch eine Verhandlungsgrundlage sein können – wenn es alle Seiten ehrlich meinen.

Es kann aber auch sein, dass Russland nach den Erfahrungen der vergangenen 32 Jahre seine Beziehungen zum Westen und zum Rest Europas auf absehbare Zeit einfriert. Dann können diejenigen, die einen neuen Eisernen Vorhang mitten durch Europa und von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer herunterlassen wollen⁵, triumphieren – am meisten darunter leiden wird das Europa westlich des neuen Eisernen Vorhangs. •

¹ vgl. dazu die Artikel von Hans Köchler und Greg Mello auf den Seiten 1 und 2 dieser Ausgabe sowie den Kastentext von Otto Schily auf dieser Zeitungsseite

² vgl. dazu die Artikel von Patrick Lawrence und Eliane Perret auf den Seiten 3 und 4 dieser Ausgabe

³ vgl. Klein, Naomi. *Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. S. Fischer-Verlag 2007

⁴ Internationale Ökumenische Erklärung zum gerechten Frieden. Entwurf; https://www.oekumene-ack.de/fileadmin/user_upload/Texte_und_Publikationen/Gerechter_Friede_Erklarung.pdf

⁵ Die neokonservativen westlichen Protagonisten eines neuen Eisernen Vorhangs hatten sich im April

Otto Schily: Modell Schweiz als Lösung für die Ukraine

km. In einem Kommentar für die deutsche Tageszeitung «Die Welt» vom 10. März 2022 hat Otto Schily, Gründungsmitglied der deutschen Grünen, später SPD-Politiker und Bundesinnenminister, den Einmarsch russischer Armeeeinheiten in die Ukraine verurteilt, zugleich aber auch geschrieben, der Krieg habe «leider eine Vorgeschichte der gravierenden politischen Versäumnisse». Die Diplomatie sei «ein Totalausfall» gewesen. Auch die deutsche Aussenpolitik habe «rundum versagt. Was ist auf deutscher Seite unternommen worden, um den Ukraine-Konflikt zu entschärfen? Man hat ihn schweilen lassen und war blind für die Gefahr, dass sich daraus eine explosive Situation entwickeln kann. Statt eine tragfähige Lösung zu suchen, hat man die ukrainische Führung in die Illusion treiben lassen, die Ukraine könne eines Tages Mitglied der Nato werden.»

Jetzt aber seien «Ideen für ein Ukraine-Modell, das für alle Seiten annehmbar ist und eine positive Perspektive für eine friedliche Entwicklung dieser Weltregion bietet», die wichtigste Hilfe für die

Ukraine. Die grundlegende Frage dabei sei: «Wie kann sich die Ukraine in einer Form positionieren, die ihrer eigenen Grundforderung nach einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung in einem souveränen Staat entspricht, die aber zugleich ein friedliches Nachbarschaftsverhältnis mit Russland und anderen Anrainerstaaten begründet?» Otto Schily schlägt vor, die Ukraine solle sich mit «Blick auf die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt» an der Schweizer Verfassung orientieren: «Die Schweiz hat es in mustergültiger Form verstanden, über Jahrhunderte eine freiheitliche Gesellschaft zu entwickeln, mit urdemokratischen, vorwiegend dezentralen Entscheidungsverfahren sowie mit wechselseitigem Respekt vor unterschiedlichen kulturellen und ethnischen Prägungen einschliesslich der dort selbstverständlichen Akzeptanz der Mehrsprachigkeit.» Er fügt hinzu: «Auf Grund ihrer Lage hat sich die Schweiz zu militärischer Neutralität verpflichtet, ohne damit ihre wertebundenen politischen Grundsätze aufzugeben.» Der Ausblick dabei: «Für die

Europäische Union und Russland gleichermaßen wäre eine neutrale Ukraine mit einer kantonalen, mehrsprachigen staatlichen Struktur nach Schweizer Muster künftig eine gute Nachbarschaft mit vielversprechenden Aussichten der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.» Und: «Dem Donbass könnte eine umfassende kantonale Autonomie zugestanden werden.»

Eine künftige EU-Mitgliedschaft der Ukraine sei «eher unwahrscheinlich». Aber auch ohne eine EU-Mitgliedschaft könnten sich «EU, die Ukraine und Russland [...] in einer weiterreichenden Strategie auf eine Freihandelszone einigen».

Am Ende seines Kommentars schreibt Otto Schily, es erfordere «gewiss Mut, Kompromissbereitschaft und den Verzicht auf ultimative Forderungen», sich auf die «friedensstiftende Idee einer «Schweizer Verfassung» einzulassen, aber für die «eng verwandten und in tiefster Seele friedliebenden Völker der Ukraine und Russlands» könne «das Schweizer Modell den Weg in eine verheissungsvolle Zukunft öffnen».

2000 ganz offen gezeigt. Willy Wimmer, damals Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Teilnehmer einer US-Konferenz ein Jahr nach Beginn des Nato-Krieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, schrieb damals einen alar-

mierenden Brief an den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und fasste das Wesentliche dazu noch einmal in einem Beitrag für *Zeit-Fragen* Nr. 4 vom 25. Februar 2020 zusammen: «Die amerikanische Konferenz von Bratislava in der Slowakischen

Republik im April 2000 hat das amerikanische Ziel für Europa deutlich gemacht: Eiserner Vorhang zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, Russland kann bleiben, wo es will, und sich in kleinere Staaten zerlegen oder zerlegt werden.»

Die Opfer des US-Imperiums

von Patrick Lawrence



(Bild zvg)

Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein jüngstes Buch ist «Time No Longer: Amerikaner nach dem amerikanischen Jahrhundert». Auf Twitter findet man ihn bei @thefloutist. Seine Webseite lautet Patrick Lawrence.

Es sind teuflische Methoden der Propaganda und der Wahrnehmungssteuerung am Werk, die beispiellos sind. Dies ist ein Krieg, der auf eine neue Art und Weise geführt wird – sowohl gegen die eigene Bevölkerung als auch gegen diejenigen, die zum Feind erklärt wurden.

Täglich erreichen uns Nachrichten aus Moskau, Kiew und den westlichen Hauptstädten: wie viele Tote seit Beginn der russischen Intervention in der Ukraine am 24. Februar, wie viele Verletzte, wie viele Hungernde oder Frierende, wie viele Vertriebene. Wir kennen die tatsächliche Zahl der Opfer und das Ausmass des Leids nicht und sollten nicht so tun, als ob wir sie kennen: Das ist die Realität des Krieges, und jede Seite hat ihre eigene Version der Ereignisse.

Ich möchte die Todesfälle in der Ukraine in den letzten zwei Wochen zu den 14 000 Toten und den 1,5 Millionen Vertriebenen seit 2014 hinzufügen, als das Regime in Kiew begann, seine eigenen Bürger in den östlichen Provinzen zu beschliessen – und das, weil die Menschen in Donezk und Luhansk den von den USA angezettelten Putsch ablehnten, der ihren gewählten Präsidenten abzetzte. Diese einfache Rechnung gibt uns eine bessere Vorstellung davon, wie viele Ukrainer es wert sind, von uns betrauert zu werden.

Während wir trauern, ist es an der Zeit, die weiteren Folgen dieses Konflikts zu bedenken, denn die Ukrainer sind nicht die einzigen Opfer. Wer hat noch gelitten? Wer wurde sonst noch geschädigt? Dieser Krieg ist von einer Art, die die Menschheit noch nie zuvor erlebt hat. Wie hoch sind seine Kosten?

Unter aufmerksamen Beobachtern wird immer deutlicher, dass Washington mit der Provokation der Moskauer Intervention beabsichtigt, einen langwierigen Konflikt anzuzetteln, der die russischen Streitkräfte in die Enge treibt und den Ukrainern die Möglichkeit gibt, einen Aufstand zu führen, der unmöglich erfolgreich sein kann.

Gibt es eine andere Erklärung für die vielen Milliarden Dollar an Waffen und Material, die die USA und ihre europäischen Verbündeten jetzt in die Ukraine liefern? Wenn die Ukrainer nicht gewinnen können – eine allgemein anerkannte Tatsache –, was ist dann der Zweck?

Ob diese Strategie den Wünschen Washingtons entspricht oder ob die russischen Streitkräfte ihre Arbeit erledigen und sich zurückziehen, um einen klassischen Grabenkrieg zu vermeiden, bleibt abzuwarten. Aber wie Dave DeCamp letzten Freitag in *Antiwar.com* bemerkte, gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass die Regierung Biden weitere diplomatische Kontakte mit dem Kreml plant.

Die Implikation sollte hier offensichtlich sein. Die US-Strategie erfordert tatsächlich die Zerstörung der Ukraine im Dienste der imperialen Ambitionen der USA. Wem dieser Gedanke extrem erscheint, dem sei ein kurzer Verweis auf die Schicksale von Afghanistan, des Iraks, von Libyen und Syrien ans Herz gelegt.

Brzezinskis Plan von 1979

Der Plan von Zbigniew Brzezinski aus dem Jahr 1979, die afghanischen Mudschahedin gegen die Sowjets zu bewaffnen, ist in Anbetracht seiner katastrophalen Folgen mehr oder weniger die unveränderte Vorlage geblieben.

Der nationale Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter sah nichts Falsches darin, sich mit der späteren *al-Kaida* ins Bett zu legen. Jetzt sind es die Nazi-Milizen, die die ukrainische Nationalgarde bevölkern und die von den USA bewaffnet und ausgebildet werden.

Wenn es nach den bisherigen Erfahrungen geht, könnte dieser Konflikt das zerstören, was von der Ukraine als Nation übrig-

geblieben ist. Im schlimmsten Fall wird nur wenig von ihrem sozialen Gefüge, ihren öffentlichen Räumen, ihren Strassen, Brücken, Schulen und kommunalen Einrichtungen übrigbleiben. Diese Zerstörung hat bereits begonnen.

Ich möchte nicht, dass die Amerikaner dies übersehen: Wir zerstören uns selbst und jede Hoffnung, die wir haben könnten, um wieder zu Anstand zu gelangen, während wir zusehen, wie das Regime, das uns regiert, eine andere Nation in unserem Namen zerstört. Auch diese Zerstörung hat bereits begonnen.

Viele Menschen unterschiedlichen Alters haben in den letzten Tagen festgestellt, dass sie sich nicht daran erinnern können, jemals in ihrem Leben eine so durchdringende, erdrückende Propagandaflut erlebt zu haben wie die, die uns seit den Monaten vor der russischen Intervention überrollt hat. In meinem Fall hat es das Schlimmste, was ich aus den Jahrzehnten des Kalten Krieges in Erinnerung habe, in den Schatten gestellt.

«Cognitive Warfare»

Im Januar 2021 veröffentlichte die Nato den endgültigen Entwurf einer umfangreichen Studie mit dem Titel «Cognitive Warfare». Darin sollen die Möglichkeiten der Manipulation des Denkens – des Denkens anderer und des eigenen Denkens – erforscht werden, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. «Das Gehirn wird das Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts sein», wird in dem Dokument behauptet. «Der Mensch ist der umkämpfte Bereich. Das Ziel der kognitiven Kriegsführung ist es, jeden Menschen zu einer Waffe zu machen.»

In einem Unterabschnitt mit der Überschrift «Die Schwachstellen des menschlichen Gehirns» heisst es in dem Bericht:

- «Insbesondere das Gehirn
- ist nicht in der Lage zu unterscheiden [sic], ob eine Information richtig oder falsch ist;
- wird dazu verleitet, Aussagen oder Nachrichten, die es bereits gehört hat, für wahr zu halten, auch wenn diese falsch sein könnten;
- akzeptiert Aussagen als wahr, wenn sie durch Beweise gestützt werden, ohne Rücksicht auf die Echtheit dieser Beweise.»

Und, was ich besonders abscheulich finde: – «Auf politischer und strategischer Ebene wäre es falsch, die Auswirkungen von

Nato-Osterweiterung – Die Flamme des Krieges

«Die erste Erweiterungsrunde [der Nato] fand 1999 statt und umfasste die Tschechische Republik, Ungarn und Polen. Die zweite fand 2004 statt; sie umfasste Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Moskau beklagte sich von Anfang an bitterlich. Während der Bombardierung der bosnischen Serben durch die Nato 1995 sagte der russische Präsident Boris Jelzin: «Das ist das erste Anzeichen dafür, was passieren kann, wenn die Nato bis an die Grenzen der Russischen Föderation heranreicht. [...] Die Flamme des Krieges könnte sich über ganz Europa ausbreiten.»

Aus: John J. Mearsheimer «Why the Ukraine Crisis is the West's Fault». In: *Foreign Affairs*, September/October 2014

Emotionen zu unterschätzen [...]. Emotionen – Hoffnung, Angst, Demütigung – prägen die Welt und die internationalen Beziehungen durch den Echokammereffekt der Sozialen Medien.»

Nein, wir sind nicht mehr in Kansas. «Cognitive Warfare» ist ein Fenster zu teuflischen Methoden der Propaganda und Wahrnehmungssteuerung, die beispiellos sind. Dies ist ein Krieg, der auf eine neue Art und Weise geführt wird – sowohl gegen die eigene Bevölkerung als auch gegen diejenigen, die zum Feind erklärt wurden.

Und wir haben gerade erst einen Vorgesmack darauf bekommen, wie es sein wird, wenn diese Techniken, die auf dem neuesten Stand der Wissenschaft beruhen, weiterentwickelt werden. Doch noch beunruhigender als die kalte Prosa des Berichts ist für mich das erstaunliche Ausmass, in dem sich die Erwartungen dieses Berichts erfüllen. Die kognitive Kriegsführung, ob der Nato-Bericht nun zum Handbuch der Propagandisten geworden ist oder nicht, funktioniert, und sie funktioniert jetzt bei den meisten Amerikanern.

Das ist es, was ich meine, wenn ich sage, dass auch wir Opfer dieses Krieges sind.

Letzte Woche wurde der Dirigent der Münchner Philharmoniker, Valery Gergiev, entlassen, weil er sich weigerte, Wladimir Putin zu verurteilen. Das Gleiche geschah dann mit Anna Netrebko. Die *Metropolitan Opera* in New York entliess ihre Star-Sopranistin aus demselben Grund: Sie zog es vor, nichts über den russischen Präsidenten zu sagen.

Es gibt keinen Grund dafür. Letzten Freitag hat Lindsey Graham, der Senator aus South Carolina, offen zu Putins Ermordung aufgerufen. Michael McFaul, kurzzeitig Barack Obamas Botschafter in Russland und König der Dummheit, behauptet, dass alle Russen, die nicht offen gegen die russische Intervention in der Ukraine protestieren, dafür bestraft werden sollen. In einem Anfall von Idiotie hat der Internationale Katzenzüchterverband die Einfuhr russischer Katzen verboten.

Hier ist der nächste Punkt auf dieser Liste von absurden Entscheidungen, die mich letzten Donnerstag vor Wut aus dem Sessel gerissen haben: Das Internationale Paralympische Komitee hat russische und weissrussische Athleten – warum ausgerechnet Weissrussland? – von den Winter-Paralympics, die am nächsten Tag in Peking beginnen, ausgeschlossen. Verfolgen wir jetzt auch Menschen, deren Herz und Seele fähiger sind als ihre Gliedmassen?

Der Ausschuss hat deutlich gemacht, dass er auf internationalen Druck hin gehandelt hat. Ich frage mich, wer das wohl sein mag.

Was ist aus uns geworden?

Sehen Sie sich an, was aus uns geworden ist. Die meisten Amerikaner scheinen diese Dinge zu billigen oder zumindest keine Anstalten zu machen, dagegen zu protestieren. Wir haben jeden Sinn für Anstand, für normale Moral und für Verhältnismässigkeit verloren. Kann irgendjemand dem Getöse der letzten Wochen zuhören, ohne sich zu fragen,

«Von der Toskana – Brücken des Friedens, nicht des Krieges»

ef. Am 19. März protestierten zahlreiche Menschen in Pisa und Rom gegen die militärische Unterstützung für die Ukraine und den Waffentransport vom Flughafen G. Galilei im italienischen Pisa. Flughafenarbeiter in Pisa hatten sich in der vergangenen Woche geweigert, Flugzeuge nach Polen mit als «humanitäre Hilfe» getarnten Gütern zu beladen, als sie entdeckten, dass es sich bei dem Transport in Wirklichkeit um Waffen und Munition mit dem Endziel Ukraine handelte! Die Hafenarbeiter des nahe gelegenen Hafens von Livorno schlossen sich dem Protest an.

Dabei handelte es sich um eine B-737-Frachtmaschine, die einer Fluggesellschaft gehört, die von der Nato zum Transport von Kriegsmaterial autorisiert ist. Hierüber berichtete General Paolo Figliuolo vom Comando Operativo di Vertice Interforze (Oberstes streitkräfteübergreifendes Einsatzkommando, COVI) in der nationalen Presse; er befasst sich mit dem Problem des Waffenschmuggels. Daraufhin rief die italienische Gewerkschaft Unione Sindacale di Base (USB) unter dem Motto «Von der Toskana – Brücken des Friedens, nicht

des Krieges» zum Protest auf. «Wir verteilen diese offenkundige Betrugsaktion auf das Schärfste, die auf zynische Weise die «humanitäre» Hilfe als Vorwand benutzt, um den Krieg in der Ukraine anzuzetteln.»

Der Präsident der Toscana Airports, Marco Carrai, erklärte gegenüber der Presse, dass der Waffentransport vom Flughafen G. Galilei nicht mehr stattfinden wird.

Quelle: <https://cooptv.wordpress.com>

«Ein Lösungsvorschlag für den ...»

Fortsetzung von Seite 2

3. Waffen sollten nicht an Zivilisten, Banden, Kriminelle, Kinder und «Stay-behind»-, Guerilla- oder Volkssturmgruppen abgegeben werden. Dies führt nur zu unnötigem Leid und schadet den Aussichten auf Frieden jetzt und auf lange Sicht. Eine solche Taktik ist unter den gegenwärtigen Umständen weder ehrenhaft noch legitim.
4. Alle Wirtschaftssanktionen – die den einfachen Bürgern mehr schaden als den Eliten – sollten aufgehoben werden. Wirtschaftssanktionen sind Massenvernichtungswaffen mit globaler Wirkung.
5. Wir wollen eine massvolle, gerechte, de jure Entnazifizierung der ukrainischen Regierung und ihrer Gesetze.
6. Die Unabhängigkeit der Donbass-Region innerhalb der Verwaltungsgrenzen aus der Zeit vor dem Konflikt sollte von allen Friedensorganisationen und Staaten akzeptiert werden.

7. Die demokratische Entscheidung der Krim, sich wieder Russland anzuschliessen, sollte von allen Friedensorganisationen und Staaten akzeptiert werden.
8. Friedensgruppen sollten eine neutrale, entmilitarisierte (d.h. ohne schwere Waffen oder die Fähigkeit zur Gewaltprojektion) Ukraine unterstützen, die dem von Russland angestrebten Ergebnis ähnlich, wenn nicht gar identisch ist.
9. Zivile Gebiete dürfen nicht als militärische Aufenthaltsorte oder Artilleriestützpunkte genutzt werden. Dies ist in der Tat illegal. Es gibt Beweise dafür, dass die ukrainischen Streitkräfte diese abscheuliche Praxis anwenden.
10. Die Ukraine sollte nicht der Nato beitreten dürfen. Das war eine Hauptforderung Russlands, die wir alle unterstützen sollten.
11. Die Nato sollte sich auflösen. Als grösstes Militärbündnis der Welt verbraucht die Nato mehr Ressourcen als alle Mi-

- litärs der Welt zusammen und hat mehrere Angriffskriege geführt, die gegen die UN-Charta und die Nürnberger Prinzipien verstossen. Die Nato ist auch ein Atomwaffenbündnis.
12. Die USA und die fünf Staaten, die US-Atomwaffen beherbergen, sollten gemeinsam oder einzeln die Vereinbarungen über die Stationierung von Atomwaffen kündigen und die Ausbildung von Piloten, die keine US-Amerikaner sind, für den Einsatz von Atomwaffen und für den Einsatz von Flugzeugen mit doppeltem Verwendungszweck für nukleare Einsätze, die keine US-amerikanischen sind, einstellen.
13. Es liegt auf der Hand, dass all diese Massnahmen dringend erforderlich sind, wenn das Töten aufhören und ein dauerhafter Frieden in Europa erreicht werden soll. •

Quelle: <https://consortiumnews.com/2022/03/07/a-proposed-solution-to-the-ukraine-war/> vom 7.3.2022 (Übersetzung Zeit-Fragen)

Fortsetzung auf Seite 4

Wenn die öffentliche Meinung durch Kriegspropaganda gesteuert wird

von Eliane Perret

«Keine irdische Rechtfertigung entschuldigt die Kapitulation der Vernunft vor der öffentlichen Meinung.» Damit beginnt *Romain Rolland* seinen Roman *Clérambault*¹, in dem er uns die Kriegsbegeisterung und Verwirrung in den Köpfen der Menschen zu Beginn des Ersten Weltkriegs einführbar macht. Dieser Krieg hinterliess Millionen von Toten, zerstörte Städte und Landstriche und Menschen, die in grosser Trauer und Hoffnungslosigkeit ihren letzten Mut aufbringen mussten, sich wieder den Aufgaben des Lebens zuzuwenden und ihre Existenz und ihr Land neu aufzubauen. 1920 erstmals erschienen, ist das Werk von Romain Rolland bis heute ein eindrückliches literarisches Dokument, das jedem Zeitgenossen zur Lektüre empfohlen sei.

«When war is declared, truth is the first casualty»

Schon damals stellte sich die Frage, wie man in Kriegszeiten trotz medialer Propagandawalze bei klaren Sinnen bleiben und sich einer kollektiven Hysterie entziehen kann. Diese Frage stellt sich auch heute wieder. Für wache Zeitgenossen ist es wichtig, sich bewusst zu werden, welche Mechanismen der Verschleierung, Täuschung und vorsätzlichen Lüge genutzt werden von seiten derer, denen er gerade in solch schweren Zeiten Vertrauen entgegenbringen soll.

Wie so oft lohnt es sich, bisherige Erkenntnisse und Erfahrungen zu reflektieren. 1928 erschien von *Arthur Ponsonby*

Anton Ponsonby (1871–1946)

Lord *Arthur Ponsonby* war ein britischer Staatsbeamter, Politiker und Schriftsteller. Er stammte aus einer angesehenen englischen Familie. Sein Vater *Sir Henry* war Privatsekretär von Königin *Victoria*, er selbst *Page* Königin *Victorias*. Nach seinem Studium trat er in den diplomatischen Dienst ein und übernahm in der Folge verschiedene politische Ämter. Er gehörte zu jenen Parlamentariern, die sich gegen einen Kriegseintritt Englands in den Ersten Weltkrieg stellten. Ponsonby wurde 1931 in das Oberhaus berufen und wurde dort Vorsitzender des Oberhauses. Er setzte sein Engagement gegen den Krieg bis 1939 fort, in der Hoffnung, dass sein Land einen weiteren grossen Krieg verhindern könnte.

(siehe Kasten), einem englischen Politiker, das Buch *«Falsehood in Wartime»* (Lügen in Kriegszeiten)², in dem er seine Untersuchungen zu den Methoden der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg vorstellte. Er kam zum Schluss, dass im Krieg die Wahrheit einen unrühmlichen Tiefpunkt erreicht, was er in der Formulierung: «When war is declared, truth is the first casualty» («Nach der Kriegserklärung ist die Wahrheit das erste Opfer») auf den Punkt brachte. Ponsonby ging davon aus, dass es hilfreich ist, in Zeiten des Friedens zu ergründen, mit welchen Propagandamethoden versucht wird, die Menschen in die Irre zu führen, um eigenes Tun zu rechtfertigen. So auch im Krieg, denn die «Täuschung ganzer Völker ist keine Angelegenheit, die auf die leichte Schulter genommen werden kann», schreibt er. Im ruhigen Rückblick könnten die Fakten untersucht und wenigstens im nachhinein die Wahrheit ans Licht gebracht werden. Oft werde jedoch gerade das von den Kriegsparteien behindert, weil die Lügen doch mittlerweile die gewünschte Wirkung erzielt hätten und deren Aufdeckung unerwünscht sei. Viele der alten Kriegslügen überlebten deshalb während Jahren.

Analog: Brieföffner, Dechiffrierer, Fälscher

Schon damals, nach dem Ersten Weltkrieg, erkannte man also, dass psychologische Faktoren für die Kriegsführung ebenso bedeutsam sind wie militärische. Die Menschen müssen dazu gebracht werden, Kriegspläne mitzutragen. Sie lassen sich nicht so leicht verblenden und verführen, denn es widerspricht ihrer Natur, sich gegenseitig zu bekämpfen und umzubringen. Darum gehört es heute zu den Selbstverständlichkeiten jedes Kriegsministeriums, dass es eine Abteilung für Kriegspropaganda gibt – freilich mit einem etwas unverständlicheren Namen.

Mittlerweile sind die Mittel der Propaganda sehr ausgefeilt. Ponsonby berichtete noch von «Lauschern, Brieföffnern, Dechiffrierern, Telefonabhörern, Spionen, einer Abhörabteilung, einer Fälschungsabteilung, einer Kriminalpolizei, einer Propagandaabteilung, einer Nachrichtendienstabteilung, einer Zensurabteilung, einem Informationsministerium, einem Pressebüro», mit denen die öffentliche Meinung und Stimmung gesteuert wurde.

Digital: Schwer überprüfbar – unheimliche Geschwindigkeit

Heute spielen in der Propaganda digitale Medien eine zentrale Rolle. Spezialisten nutzen einen riesigen Werkzeugkasten, mit dem sie Meldungen verfälschen, zensurieren oder gleichschalten können, damit sich ein bestimmtes Narrativ (wie man heute sagt) durch ständige Wiederholung durchsetzt und das Meinungsmonopol bekommt. Noch wichtiger geworden ist auch die emotionale Aufladung der Inhalte, mit denen das Mitgefühl der Menschen eingefangen wird. Ein kurzer Augenblick des Nachdenkens ist kaum mehr möglich, denn die Lügen sind nur schwer überprüfbar, werden jedoch mit unheimlicher Geschwindigkeit verbreitet.

Zudem verhindert die heutige Konzentration der Medienanbieter auf einige wenige weltweit vernetzte Agenturen und Konzerne ein breites Spektrum an Meinungen und wird den Gegebenheiten der einzelnen Länder nicht gerecht. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch an den Schweizer Radiosender *Beromünster*, der im und lange nach dem Zweiten Weltkrieg wegen seiner neutralen Berichterstattung mit eigenen Korrespondenten vor Ort geschätzt wurde. Heute werden oft Korrespondenten aus anderen, sogar kriegsführenden (sic!) Ländern beigezogen, was allein schon wegen der Neutralität der Schweiz problematisch ist.

Ein Sensorium entwickeln

Darum gehört es heute zur staatskundlichen Grundbildung der Menschen, zu wissen mit welchen Methoden Meinungen gemacht werden und welchen Propagandatechniken sie ausgesetzt sind. Es wäre ein Projekt für die lebenserfahrene ältere Generation, sich gemeinsam mit den Heranwachsenden kundig zu machen, wie man zum Beispiel erkennt, ob Bilder und Dokumente manipuliert sind oder ob ein *YouTube*- oder *TikTok*-Filmchen die Realität abbildet oder eben verfälscht (das wären im übrigen sinnvolle Inhalte des Medienunterrichtes, die zu echter Medienkompetenz führen würden). Wenn solchermaßen kundige Menschen dann feststellen, wie sie auf raffinierte und sorgfältig inszenierte Weise getäuscht werden können, werden sie wachsamer sein und ein Sensorium entwickeln für Erklärungen und Verlautbarungen, die dazu bestimmt sind, als Wahrheit akzeptiert zu werden.

Methoden der Kriegspropaganda

Die von *Arthur Ponsonby* beschriebenen Methoden der Kriegspropaganda wurden von der belgischen Historikerin *Anne Morelli* wie folgt systematisiert und aktualisiert.¹ Die Berichterstattung orientiert sich an folgenden Vorgaben:

- Regel 1: Wir wollen keinen Krieg.
- Regel 2: Das feindliche Lager trägt die alleinige Schuld am Krieg.
- Regel 3: Der Feind hat dämonische Züge (oder: «Der Teufel vom Dienst»).
- Regel 4: Wir kämpfen für eine gute Sache und nicht für eigennützige Ziele.
- Regel 5: Der Feind begeht mit Absicht Grausamkeiten. Wenn uns Fehler unterlaufen, dann nur versehentlich.
- Regel 6: Der Feind verwendet unerlaubte Waffen.
- Regel 7: Unsere Verluste sind gering, die des Gegners aber enorm.
- Regel 8: Unsere Sache wird von Künstlern und Intellektuellen unterstützt.
- Regel 9: Unsere Mission ist heilig.
- Regel 10: Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

¹ *Morelli, Anne (2021). Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Verlag zu Klampen, Springe*

Und noch etwas ...

Eine Regierung, die sich darauf einlässt, die Meinungsbildung ihrer Bevölkerung durch Propaganda zu steuern, sollte sich darüber im klaren sein, dass sie damit das Recht auf freie Meinungsbildung missachtet und das Vertrauen der Menschen verspielt. Geht es sogar um die Rechtfertigung von Kriegshandlungen, wiegt das um so schwerer. Sie versäumt damit die Aufgabe, die ihr aufgegeben ist.

Folgende Bücher begleiteten mich beim Schreiben:

¹ Rolland, Romain. *Clérambault*. Reinbek bei Hamburg

² Ponsonby, Arthur (1988). *Falsehood in Wartime*. New York: E. P. Dutton & Co, 1929. (Auszüge in: <https://archive.org/details/16FalsehoodInWartime>)

«Die Opfer des US-Imperiums»

Fortsetzung von Seite 3

ob wir uns zu einem Land der Grotesken gemacht haben?

Es ist allgemein bekannt, dass im Krieg der Feind immer entmenschlicht wird. Wir sind nun mit einer anderen Realität konfrontiert: Diejenigen, die andere entmenschlichen, entmenschlichen sich selbst noch mehr.

«Vernünftige Argumentierung ist nur möglich und aussichtsreich, solange die Emotionalität einer gegebenen Situation einen gewissen kritischen Grad nicht überschreitet. Übersteigt aber die affektive Temperatur dieses Niveau, dann hört die Wirkungsmöglichkeit der Vernunft auf, und an ihre Stelle treten der Slogan und das chimärische Wunschgebilde, das heisst eine Art kollektiver Besessenheitszustand, welcher sich zunehmend zu einer psychischen Epidemie entwickelt.»

Das ist ein Ausschnitt aus einem Buch von *C. G. Jung* «The Undiscovered Self» [deutsch: *Gegenwart und Zukunft*], das mir ein Freund gerade geschickt hat. Wenn unsere Empfindungen die Oberhand gewinnen, können wir nicht mehr sinnvoll denken oder miteinander reden: Das ist die einfache Aussage des Schweizer Psychoanalytikers.

Neulich brachte *PBS Newshour* ein Interview mit einem gewissen *Artem Semennikhin*, in dem der Bürgermeister einer Kleinstadt dafür gelobt wurde, dass er sich gegen russische Soldaten wehrte. Im Hintergrund war, wie der stets aufmerksame *Alan MacLeod* bemerkt, ein Porträt von *Stepan Bandera* zu

sehen, dem brutalen Russophoben, Antisemiten und Führer der ukrainischen Nazis.

Was hat *PBS* gegen dieses Versehen unternommen? Es verwischte das Bandera-Porträt und strahlte das Interview mit seinem ukrainischen Helden aus. Der US-amerikanische Journalismus auf seinem Höhepunkt.

Es scheint mir die perfekte Metapher dafür zu sein, was mit unserem Denkvermögen geschehen ist – oder besser gesagt, was wir zugefallen haben, dass man es ihm antut. Tatsachen, die unbestreitbar sind, werden, wenn sie unbequem sind, aus dem Film, den wir zu sehen glauben, ausgeblendet.

So verhält es sich auch mit jedem echten Verständnis der russischen Intervention. Ich habe vier Worte für das, was wir brauchen, um diese Krise zu verstehen: Geschichte, Chronologie, Kontext und Verantwortung. Da keines dieser Wörter unseren kognitiven Kriegern dient, sind wir aufgefordert, sie auszublenden. Und noch einmal: In schrecklicher Treue zu denen, die unsere Wahrnehmung aktiv manipulieren, tun wir das.

Der Kontext, so behaupten die Schlimmsten von uns, ist eine Idee, die sich diese schrecklichen Russen ausgedacht haben. Wir interessieren uns nicht im geringsten dafür, wie die Welt aus der Perspektive anderer aussieht. Sagen Sie mir bitte, wer glaubt, dass das eine gute Art zu leben ist?

Ich habe eine Bleistiftskizze von einer auseinanderfallenden Nation gezeichnet, während sie eine andere in Stücke reisst. Eine Nation, die so tief in einer von *C. G. Jungs* «kollektiven Besessenheiten» steckt, kann unmöglich

gut leben. Wie es immer der Fall ist (ein Gedanke, der mir kam, als ich die japanischen Nationalisten der 1930er Jahre studierte), sind die Täter auch Opfer.

Wenn wir den Weg aus diesem Tollhaus finden wollen, müssen wir vor allem eines tun: Wir müssen lernen, in einer klaren, neuen Sprache zu sprechen, damit wir die Dinge so benennen können, wie sie sind, anstatt sie zu verwischen, wie es *PBS* mit dem Bandera-Porträt getan hat.

Und wir müssen mit einem Wort beginnen. Wenn wir nicht lernen, Amerika als Imperium zu bezeichnen, werden wir in der Dunkelheit des Tollhauses stolpern, bis es so unlustig wird, dass wir unsere eigenen Selbsttäuschungen nicht mehr ertragen können.

Ich sehe hier in diesem grossen, komplizierten Geschehen eine Tugend. Zwischen Russlands Intervention in der Ukraine, die ich für bedauerlich, aber notwendig halte, und der gemeinsamen Erklärung, die Putin mit dem chinesischen Präsidenten *Xi Jinping* am 4. Februar abgegeben hat, sind wir alle aufgerufen, entweder die Vereinigten Staaten als das anzuerkennen, was sie geworden sind, ein Imperium, das sich gewaltsam gegen die Geschichte selbst verteidigt, oder unser Schicksal als Opfer dieses Imperiums zu akzeptieren.

Klarheit: Sie ist immer eine gute Sache, egal, welche Schwierigkeiten sie mit sich bringt.

Quelle: <https://consortiumnews.com/2022/03/08/patrick-lawrence-the-casualties-of-empire/> vom 8.3.2022

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Aufruf für Kampagne «Die Menschheit gegen die Nato»

Zu einer weltweiten Kampagne «Die Menschheit gegen die Nato» haben Intellektuelle, Persönlichkeiten sowie Politikerinnen und Politiker aus mehreren lateinamerikanischen Ländern, aber auch aus Europa und den USA aufgerufen.

Die Kampagne fordert die Einhaltung der *Minsker Abkommen*, um eine friedliche und verhandelte Lösung des Konflikts zwischen der Nato und Russland zu erreichen, und drückt ihre Solidarität mit den Familien aus, die bei den Kämpfen Angehörige verloren haben. Sie kritisiert «den Expansionsdrang der Nato und die Ausweitung ihrer Militärstützpunkte in der Welt». Die Nato sei zu «einer Bedrohung für das Leben, die Souveränität der Völker und den Weltfrieden» geworden.

Kritisiert wird auch der Einsatz von Söldnern und die Lieferung von Kriegsmaterial an die Konfliktparteien. Dies trage zur Eskalation und nicht zur Entschärfung des aktuellen Konflikts bei.

Die Kampagne fordert zudem die sofortige Einstellung aller einseitigen Zwangsmassnahmen, die «die internationale Rechtsordnung verletzen und unterschiedslos die Bevölkerung treffen und die Menschenrechte untergraben.»

Quelle: @NomoreOtan

Ukraine – das stand alles im Strategiepapier der RAND Corp.

von Manlio Dinucci



Manlio Dinucci
(Bild zvg)

zf. Manlio Dinucci analysiert hier eine Publikation eines US-Think tanks vom April 2019. In Russland wird man sie gelesen haben – und sich sicher nicht daran gehalten haben. Es kennt die Strategie aus jahrelanger Erfahrung – und hat

sich offensichtlich anders orientiert. Deutlich macht die Studie aber auch: Um das Wohl der Ukrainer scheren sich die US-Strategen keinen Deut – sie sind die Bauern auf dem Schachbrett amerikanischer Geopolitik. Noch braucht man sie – sie zahlen die Zeche für diesen Wahn, genauso wie das übrige Europa, das sich so gedankenlos vor den US-Nato-Karren spannen lässt.

Der Strategieplan der Vereinigten Staaten gegen Russland wurde vor drei Jahren von der RAND Corporation ausgearbeitet (il manifesto, 21. Mai 2019 «RAND Corp.: How to overthrow Russia»). Die RAND Corporation mit Sitz in Washington ist «eine globale Forschungsorganisation, die Lösungen für politische Herausforderungen entwickelt». Sie verfügt über ein Heer von 1800 Forschern und anderen angeworbenen Spezialisten aus 50 Ländern, die 75 Sprachen sprechen; sie sind auf Büros und andere Standorte in Nordamerika, Europa, Australien und am Persischen Golf verteilt. Die US-Mitarbeiter von RAND leben und arbeiten in über 25 Ländern.

Die RAND Corporation, die sich selbst als «gemeinnützige und überparteiliche Organisation» bezeichnet, wird vom Pentagon, der US-Armee und -Luftwaffe, den nationalen Sicherheitsbehörden (CIA und andere), den Behörden anderer Länder und mächtigen Nichtregierungsorganisationen finanziert.

Die RAND Corp. rühmt sich, an der Entwicklung der Strategie mitgewirkt zu haben, die es den Vereinigten Staaten ermöglichte, als Sieger aus dem Kalten Krieg hervorzugehen und die Sowjetunion zu zwingen, ihre Ressourcen in einer zermürenden militärischen Konfrontation zu verbrauchen. Der neue Plan für das Jahr 2019 wurde von diesem Modell inspiriert: «Overextending and Unbalancing Russia», d. h. den Gegner zu zwingen, sich zu überfordern, um ihn aus dem Gleichgewicht und zu Fall zu bringen. Dies sind die Hauptangriffslinien, die in RANDs Plan skizziert werden und auf denen sich die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren tatsächlich bewegt haben.

Zuallererst – so der Plan – muss Russland auf der verwundbarsten Seite angegriffen werden, nämlich auf der Seite seiner stark vom Gas- und Ölexport abhängigen Wirtschaft: Zu diesem Zweck müssen Handels- und Finanzsanktionen eingesetzt werden, und gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass Europa die russischen Erdgasimporte verringert, indem es sie durch amerikanisches Flüssigerdgas ersetzt.

Auf dem Gebiet der Ideologie und der Information ist es notwendig, interne Proteste zu fördern und gleichzeitig das Bild Russlands nach aussen zu untergraben.

Im militärischen Bereich müssen Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass die europäischen Nato-Länder ihre Streitkräfte in einer Anti-Russland-Funktion verstärken. Die USA könnten eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit und einen hohen Nutzen bei geringen Risiken haben, wenn sie mehr in strategische Bomber und gegen Russland gerichtete Langstreckenraketen investieren. Die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa, die auf Russland gerichtet sind, bietet ihnen eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit, birgt aber auch hohe Risiken. Bei der Abwägung der einzelnen Optionen zur Erzielung des gewünschten Effekts – so RAND – wird Russland im Vergleich zu den USA am Ende den höchsten Preis zahlen, aber die USA und ihre Verbündeten werden umfangreiche Ressourcen investieren müssen, die sie von anderen Zielen abziehen.

Im Rahmen dieser Strategie – so der Plan der RAND Corporation für 2019 – «würde die Bereitstellung tödlicher Hilfe für die Ukraine die grösste externe Verwundbarkeit Russlands ausnutzen, aber jede Zunahme von Waffen und militärischer Beratung durch die USA für die Ukraine sollte sorgfältig kalibriert werden, um die Kosten für Russland zu erhöhen, ohne einen viel grösseren Konflikt zu provozieren, in dem Russland auf Grund seiner Nähe erhebliche Vorteile hätte».

Genau hier – an dem Punkt, den die RAND Corporation als «Russlands grösste externe Schwachstelle» bezeichnete, die durch die Aufrüstung der Ukraine in einer «kalibrierten Art und Weise ausgenutzt werden kann, um die Kosten für Russland zu erhöhen –

ohne einen viel grösseren Konflikt zu provozieren» – ist der Bruch eingetreten. Unter dem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck, den die USA und die Nato immer stärker ausübten und die wiederholten Warnungen und Verhandlungsvorschläge Moskaus ignorierten, reagierte Russland mit einer Militäroperation, die in der Ukraine über 2000 militärische Einrichtungen zerstörte, die nicht von den Kiewer Machthabern, sondern von US-Nato-Kommandos errichtet und kontrolliert wurden.

Der Artikel, der vor drei Jahren über den Plan der RAND Corporation berichtete, endete mit diesen Worten: «Die in dem Plan vorgesehenen Optionen sind in Wirklichkeit nur Varianten dieser Kriegsstrategie, deren Preis in Form von Opfern und Risiken von uns allen bezahlt wird.» Wir Europäer zahlen jetzt dafür, und es wird uns immer teurer zu stehen kommen, wenn wir weiterhin entbehrliche Spielfiguren in der US-Nato-Strategie sind.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Am 8. März 2022 löschte die Zeitschrift *Manifesto* diesen Artikel nach einer kurzen Online-Veröffentlichung (<https://ilmanifesto.it/ucraina-era-tutto-scritto-nel-piano...>) über Nacht auch aus der gedruckten Ausgabe, da ich mich geweigert hatte, der Anweisung des Wahrheitsministeriums nachzukommen und keine Debatte über die Ukraine-Krise zu eröffnen. Damit endet meine langjährige Zusammenarbeit mit dieser Zeitung, in der ich seit über zehn Jahren meine Kolumne *The Art of War* veröffentlicht habe.

Manlio Dinucci, Pisa, 10. März 2022

Die Sanktionen richten sich auch gegen Deutschland

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e. V.



Eberhard Hamer
(Bild zvg)

Noch immer ist das Nato-Konzept: «To keep the Americans in, the Russians out and the Germans down!»

Dieses Prinzip herrscht auch bei den Sanktionen gegen Russland vor. Die USA handeln konsequent nach eigenem Vorteil:

- Sie können ihr Frackingöl und -gas nur verkaufen, wenn Europa nicht mehr die Chance hat, das billigere russische Gas zu bekommen. Seit Jahren sind sie deshalb gegen die *Nord Stream 2*-Leitung, und US-Präsident *Biden* hatte bei dem letzten Besuch des deutschen Kanzlers *Scholz* deren wirtschaftliches Ende verkündet. Seitdem hat sich der Gaspreis in Europa verdoppelt und ist das amerikanische Frackinggas absetzbar, ist Europa sogar auf die amerikanische Belieferung angewiesen, um seine Energielücke zu decken. Der Boykott des russischen Gases dient also vorrangig dazu, das zu teure amerikanische Gas in den Markt zu bringen und absetzen zu können.
- Dass die USA Europa das russische Gas abklemmen, selbst aber der zweitgrösste Öl-/Gasbezieher von Russland bleiben, hat seine Gründe: «To raise the rival's costs.»

Unerklärlich bleibt dennoch, weshalb auch deutsche Politiker wie *Baerbock*, *Röttgen* und *Co.* den deutschen Billiggasbezug aus Russland so fanatisch bekämpfen und damit ihre eigenen Wähler vorsätzlich schädigen. Die atlantisch finanzierte Presse jubelt sogar über den Stop von *Nord Stream 2* durch den Bundeskanzler, als wäre dies ein deutscher Sieg über Russland; dabei haben wir damit weniger Russland als uns selbst ins Knie geschossen. Nur wir verlieren Billig-Gas, unsere Industrie und unsere Haushalte.

Was dies für Folgen hat, werden die nächsten Monate beweisen: Billige Energie ist die Grundlage internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Wir haben schon die höchsten Löhne und Sozialkosten in der Welt. Wenn wir jetzt auch noch die höchsten Energiepreise haben, wird dies den Pro-

duktionsstandort Deutschland dramatisch schwächen, wird es zuerst die energieintensive Industrie vertreiben und dann auch bei den Heiz- und Elektrizitätskosten jeder mittelständischen Firma und jedes einzelnen Haushaltes ankommen, also flächendeckend Wohlstand reduzieren.

Eine Politik, die dies nicht nur zulässt, sondern geradezu freudig will, ist keine Politik in deutschem Interesse, schadet uns mehr als sie nützt.

- Die nächste beabsichtigte Sanktion der USA gegen Russland betrifft das Weltabrechnungssystem (SWIFT), welches Russland nicht mehr nutzen soll, um Russland «aus dem internationalen Zahlungsverkehr kaltzustellen».

Auch diese Massnahme würde mehr Deutschland als die USA schädigen, weil wir die grösseren Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen zu Russland haben als die USA und vom Russlandhandel langfristig existentiell abhängig sein werden. Sich auf die bankrotte und implodierende Weltmacht USA als Wirtschaftspartner allein zu verlassen, wird immer gefährlicher. Der offene und für uns näher liegende Markt Russland könnte viel eher einen weiteren Wohlstand in Europa tragen als einseitige Atlantikorientierung. Aber: «To keep the Russians out.» Für die USA würde es gefährlich, wenn im Zentrum Europas eine Kooperation mit Russland entstünde. Dies würde die amerikanische wahnhaft noch

aufrechterhaltende Vorstellung von der Weltmachtposition gefährden.

Dass die USA Russland aus dem SWIFT-Abrechnungssystem vertreiben wollen, könnte ein Pyrrhussieg werden, weil China längst ein Konkurrenzabwicklungssystem¹ entwickelt hat und die Russen gerne darin aufnimmt. Dann müssen auch alle anderen Länder, die mit Russland und China Handel treiben, nicht mehr über SWIFT, sondern über das russische² und chinesische System abrechnen, verliert der Dollar seine Monopolstellung und verlieren die Amerikaner die Möglichkeit, im Dollar-Imperium durch Dollar-Drucken auf Kosten der übrigen Welt weiter üppig zu leben. Insofern könnten solche Finanzsanktionen ein Wendepunkt der US-Dollar- und Wirtschaftsherrschaft in der Welt werden.

- Auch die Beschlagnahmung des russischen Vermögens in der Welt durch die US-Sanktionen könnte ein Bumerang für die USA werden. Die USA haben ein chronisches Handelsdefizit (etwa 650 Mia. Dollar), welches mit Finanzzuflüssen nur mühsam zu decken ist. Die Finanzzuflüsse aus der Welt in den Dollar und in die USA setzten aber voraus, dass die Menschen glauben, ihr Geld sei in den USA sicherer als in anderen Staaten. Nun müssen die Anleger der Welt lernen, dass ihr Geld und Vermögen in den USA und der Welt (wie das deutsche nach 1945) plötzlich blockiert, beschlagnahmt oder gar weg ist, dass im Dollar-Imperium

das Vermögen offenbar ebenso oder gar unsicherer ist als in anderen Staaten, dass dort die Politik über Eigentumsrecht steht. Jetzt trifft es nur die Russen, vielleicht bald auch die Chinesen und alle, die mit diesen weiter Handel treiben wollen. Und es könnte bald auch viele Deutsche treffen, welche ihr Vermögen oder Teile davon in die USA «gesichert» haben. Schon einmal nach 1945 war deutsches Vermögen von den USA in der ganzen Welt eingezogen worden. Warum sollten eine in Finanz-Atemnot geratene USA zum Überleben nicht wieder nach fremdem Vermögen greifen? Offenbar ist jetzt Auslandsvermögen in den USA gefährdeter als anderswo. Die russischen Oligarchen sind nur die ersten, die dies jetzt erleiden müssen.

Bewertet man also die Sanktionen, so treffen sie vordergründig und auch schädlich Russland («To keep the Russians out»).

Sie stärken aber die Position der USA in Europa («To keep the Americans in»), weil sie ihr Weltenergiemonopol wieder stärken können (Europa kauft teures US-Frackinggas statt billigem russischen) und weil sie den Zahlungsverkehr zwischen Europa und Russland stilllegen wollen («To keep the Germans down»).

Das US-Imperium wird – zumindest in Europa – durch die Ukraine-Krise entscheidend gestärkt: Die US-Nato verlangt und bekommt Rückendeckung aller europäischen Vasallen, wird als eigentlich längst überflüssige Organisation (*Macron*: «hirmtot») wieder belebt, was etwa 200 Milliarden Umsatz für die amerikanische Rüstungsindustrie bedeutet. Und die europäischen Satelliten haben freiwillig (*Johnson*) oder gezwungen (*Scholz*) den politischen Weisungen aus den USA nach «gemeinsamen Strafmassnahmen» noch einmal Folge geleistet (obwohl z. B. Deutschland dadurch selbst grössere Wirtschaftsnachteile erleidet).

Der Autor hat in einer Studie nachgewiesen, dass Südafrika im letzten Weltkrieg dadurch zum Industrieland geworden ist, dass es von seinen traditionellen Wirtschaftsbeziehungen weitgehend abgeschnitten war. Je mehr deshalb die USA Russland und China aus dem Dollar-Imperium vertreiben, um so stärker werden deren Autarkie und eigene Wirtschaftsstärke. Die Sanktionen gegen Russland dürften also

Westliche Sanktionspolitik findet weltweit kaum Unterstützung

«Die Bestrebungen der transatlantischen Mächte, Russland möglichst weltweit zu isolieren, stossen auf breiten Widerstand. Indien verweigert sich der Forderung, sich der Sanktionspolitik anzuschliessen, arbeitet an einem alternativen, nicht auf SWIFT und den US-Dollar angewiesenen Zahlungssystem und plant eine Ausweitung seiner Erdölimporte aus Russland. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sperren sich gegen das Verlangen, ihre Ölförderung stark auszuweiten, um ein globales Ölembargo gegen Russland zu ermöglichen; der britische Premierminister *Boris Johnson* kehrte gestern nach Verhandlungen auf

der Arabischen Halbinsel mit leeren Händen heim. Mehrere Staaten Südamerikas, darunter Argentinien, Brasilien und Chile, machen Druck, zumindest russische Düngemittelimporte zu ermöglichen; andernfalls, heisst es, sei die globale Versorgung mit Lebensmitteln in Gefahr. Die Staaten Lateinamerikas sowie Afrikas halten sich von der Sanktionspolitik ebenso fern wie die Türkei, beinahe alle Staaten Südostasiens und des Nahen und Mittleren Ostens sowie China. Die im Westen beliebte Aussage, Russland sei «in der Welt isoliert», trifft nicht zu.»

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8874> vom 18.3.2022

Fortsetzung auf Seite 6

Wer die Neutralität ins Wanken bringt, greift das ganze Schweizer Staatsmodell an

Zur Freude von Washington und Brüssel

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Der Bundesrat hat mit seiner totalen Übernahme der EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland die Schweizer Neutralitätsmaxime missachtet. Damit hat er zwar die EU-Oberen und das US-Finanzkapital beschwichtigt und die Schweizer EU-Turbos erfreut, aber der Reputation der Schweiz schweren Schaden zugefügt. Schade, dass der Bundesrat heute nicht dieselbe Stärke zeigt wie im Mai 2021, als er die Verhandlungen mit Brüssel zum Rahmenvertrag abgebrochen hat. Die automatische Übernahme ausländischer Sanktionen passt genauso wenig zum Schweizer Modell. Nun wittern die Nato- und EU-Turbos im In- und Ausland Morgenluft und versuchen, weitere Aufweichungen des Schweizer Modells in Gang zu bringen.

«Die Zäsur des Ukraine-Kriegs verändert die europäische Sicherheitsarchitektur. Derzeit ist alles im Fluss, und wir müssen uns in diesem Fluss anpassen – mit unseren starken Prinzipien, darunter auch der Neutralität.» (Bundespräsident Ignazio Cassis in SRF News vom 10.3.2022). Und wir Bürger sollen zuschauen, wie unsere «Diener des Volkes» die Neutralität – und noch einiges mehr: «alles ist im Fluss!» – den Bach hinablaufen lassen?

Merkwürdige Neutralitätsauffassung des Bundesrats: Which master's voice?

Am 3. März gab das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) seine Broschüre «Die Neutralität der Schweiz» neu heraus.¹ Da steht zum Beispiel zum Thema «Gute Dienste» drin: «Die unparteiische Schweiz kann Brücken bauen, wo andere blockiert sind, mit vielfältigen Partnern zusammenarbeiten und eigene Initiativen entwickeln.» (Broschüre, S. 14) Eine Seite weiter geht es um die Ukraine: 2014 erliess die Schweiz lediglich Massnahmen, um die Umgehung der internationalen Sanktionen gegen Russland über Schweizer Territorium zu verhindern (S. 15). Dank diesem moderaten Weg konnte sie sich im Rahmen der OSZE während ihres Vorsitzjahres 2014 als Vermittlerin im Ukraine-Krieg engagieren (S. 12). So weit, so gut.

Im Februar 2022 wandten sich nun sowohl der russische Aussenminister Lawrow als auch der ukrainische Präsident Selenski an die Schweiz mit der Bitte um Vermittlung. Dieses Mal verbaute der Bundesrat jedoch eigenhändig die Guten Dienste, indem er am 28. Februar «die EU-Sanktionen gegen Russland, gestützt auf eine umfassende Interessenabwägung» übernahm (S. 15). Die todbringenden Angriffe und Zerstörungen gegen die Bevölkerung im Donbass von Seiten der Ukraine (seit acht Jahren!) fanden in dieser «Interessenabwägung» keinen Platz. Seinen Erlass mit einer

«Die Sanktionen richten sich auch ...»

Fortsetzung von Seite 5

nur ein kurzfristiger und kurzfristiger Erfolg für die USA, aber langfristiger Schaden für Europa («To raise the rival's costs») werden.

Die beiden Weltkriege sollten uns Deutsche gelehrt haben, dass Frieden und Wohlstand bei uns nur sicher sind, wenn wir keine Feinde haben und uns vor allem keine Feinde mutwillig machen. Deutschlands Zentrallage in Europa gebietet Ausgleich und Offenheit nach allen Seiten. Sich für unsichere, korrupte Systeme (Ukraine) in fremde Machtkämpfe reissen und zu Sanktionen hinreissen zu lassen, liegt jedenfalls nicht in deutschem Interesse, folgt selbstschädigend nur fremden Weisungen («To keep the Russians out and the Germans down»).

¹ CIPS (Cross Border Interbank Payment System)

² Russland hat bereits nach der Krim-Krise SPFS (System for Transfer of Financial Messages) als Alternativabrechnungssystem gegründet und ist eifrig dabei, die Banken der Welt zu zwingen, in diesem Konkurrenzabrechnungssystem ebenfalls vertreten zu sein. Ein Ausschluss Russlands aus SWIFT würde also ein Schub für die alternativen Abrechnungssysteme und ein Dauerschaden für SWIFT werden.

Wallstreet, Londoner City, Nato und Brüssel triumphieren: Schweiz hat mit ihrer Neutralität gebrochen

mw. Die ganze Welt hat am 28. Februar mitbekommen, dass sich die Schweizer Regierung von der Neutralität verabschiedet hat. Das über Jahrhunderte aufgebaute Vertrauen ist mit einem Schlag zerbrochen. Um diesen schweren Schaden zu beheben, wird es grosse Anstrengungen und guten Willen brauchen. Die US- und GB-Medienkonzerne machen keinen Hehl daraus, dass es im Hintergrund um etwas ganz anderes geht: Wallstreet und Londoner City werden nichts dagegen haben, wenn der Schweizer Finanzplatz sich selber schwächt ...

- «The New York Times»: «Die Schweiz wird russische Vermögenswerte einfrieren, darunter auch die von Präsident Wladimir Putin, und damit ihre lange Tradition der Neutralität aufgeben.»
- Nachrichtenagentur Bloomberg: «Die Schweizer geben ihre historische Neutralität auf, um Russland-Sanktionen durchzusetzen.» Bloomberg bemerkt dazu: «Frühere Frustrationen mit der Schweiz rührten von ihrer Entscheidung her, Schweizer Banken nur die Eröffnung neuer Konten für von der EU sanktionierte Russen zu untersagen, nicht aber bestehende Konten einzufrieren.»
- Agentur Reuters: «Deutliche Abkehr von der traditionellen Neutralität des Landes.»
- «Financial Times» (GB): «Die Schweiz bricht mit ihrer traditionellen Neutralität und schliesst sich den EU-Sanktionen gegen Russland an.»
- «The Wallstreet Journal»: «Die Schweiz schliesst sich den EU-Sanktionen gegen russische Vermögen an.» Wallstreet freut sich, weil die Schweiz, eine «Dreh Scheibe für internationale Geschäfte und die Lagerung von Privatvermögen», alle Ge-

schäfte mit Unternehmen, die auf der EU-Liste stehen, untersagt hat.

- Last but not least der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell auf Twitter: «Ich begrüesse es von ganzem Herzen (wholeheartedly), dass die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Putin und seine Unterstützer beim Einmarsch in die Ukraine übernimmt und deren Vermögen einfriert.»

Neben dem Schweizer Finanzplatz geht es auch um die geeinte Front Europas (Schweiz inklusive) in der Nato (selbstverständlich unter US-Kommando):

- News-Sender nbc vom 1. März: «Schweden und Schweiz vereint mit Europa gegen Russland – Deutschland bricht mit dem Pazifismus, um Verteidigung der Ukraine zu unterstützen.» nbc zitiert den ehemaligen US-Botschafter in Russland, Michael McFaul, der sich über diese «Wiedergeburt eines neuen Europas» freut: «Es ist ein historischer Wandel. Ich denke, dass dies grosse Konsequenzen für die Zukunft Europas, für die Zukunft des transatlantischen Bündnisses und für die Zukunft der Nato haben wird – und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem all diese Dinge ins Wanken geraten sind.»

Damit sind wir beim leicht abgewandelten Zitat des ersten Nato-Generalsekretärs, des Briten Ismail Hastings, angelangt: («to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down»): Die Russen draussen, die Amerikaner oben behalten und ganz Europa (samt den bisher Neutralen) zu Boden bringen.

Quelle: Torcasso, David. «Ukraine-Krieg. Die Reaktionen auf den Sanktionsentscheid der Schweiz». Handelszeitung vom 1.3.2022, mit Links zu den Originalquellen; <https://www.handelszeitung.ch/politik/die-reaktionen-auf-den-sanktionsentscheid-der-schweiz>

ellenlangen Liste neuer Sanktionen legte der Bundesrat am selben Tag (!) auf den Tisch.² So zügig geht es, wenn man die Schweizer Rechtserlasse einfach von Brüssel abschreibt.

Ohnehin sieht uns der Bundesrat in bezug auf die Sicherheitspolitik schon halb in der EU: «Für die Schweiz ist die EU eine zentrale Partnerin, auch im Bereich der Friedensförderung und Sicherheitspolitik. Die Schweiz entscheidet von Fall zu Fall und nach eingehender Prüfung, wo sie im Sicherheitsbereich mit der EU zusammenarbeiten will. Ebenso entscheidet sie, gestützt auf eine umfassende Interessenabwägung, ob und wie sie sich an Wirtschaftssanktionen der EU anschliessen will. [...] In der grossen Mehrheit der Fälle trägt die Schweiz die Sanktionen der EU mit.» (Broschüre, S. 13) In der Nato stecken wir auch schon ziemlich weit drin.

Der Grundsatz: «Als neutrales Land, welches keine Kriegspartei in einem internationalen Konflikt begünstigen darf, kann die Schweiz der Nato nicht angehören», wird sogleich geknackt: «Die Schweiz nimmt seit 1996 jedoch an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) teil.» Die Floskel des Bundesrates: «Diese Teilnahme ist mit dem Neutralitätsrecht und der Neutralitätspolitik der Schweiz kompatibel.» (S. 13)

Dem Bundesrat und dem Parlament ins Stammbuch: «Die Beibehaltung der Neutralität ist unbestritten»

Der Souverän wurde wohlweislich nie gefragt, ob die Schweiz der PfP beitreten soll. Denn an der Tatsache, dass eine überwältigende Mehrheit von uns Schweizern die Neutralität beibehalten will, kommt auch der Bundesrat nicht

EWR-Beitritt der Schweiz?

mw. Dass die EU-Sanktionen gegen Russland so leicht übernommen wurden, gibt den Schweizer EU-Turbos auch bei anderen Fragen Aufwind. So hatte die Grünliberale Fraktion im Juni 2021 im Nationalrat ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht: «Der Bundesrat wird beauftragt, die Option einer Mitgliedschaft der Schweiz im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.» Am 8. März hat nun der Nationalrat das Postulat mit 112 Ja (der einstimmigen Sozialdemokraten, Grünen und Grünliberalen plus eines Teils der FDP und der Mitte-Fraktion) gegen 69 Nein und 6 Enthaltungen (der SVP und des anderen Teils aus FDP und Mitte) angenommen.

Der EWR-Beitritt war von Volk und Ständen (Kantonen) am 6. Dezember 1992 abgelehnt worden. Auch wenn es heute erst um einen Bericht des Bundesrates geht und noch kein Parlamentsbeschluss mit anschliessendem Volksentscheid vor der Tür steht, gibt es doch zu denken, dass so viele Nationalräte einen EWR-Beitritt ins Auge fassen, der die Schweiz ganz ähnlich in die Brüsseler Rechtssetzung und Rechtsprechung einbinden würde wie das eben erst gescheiterte Rahmenabkommen.

Der Grünliberale Roland Fischer beklagte den Abbruch der bundesrätlichen Verhand-

lungen zum Rahmenvertrag und rief dazu auf, dass sich die Schweiz mit einem EWR-Beitritt «konstruktiv am europäischen Integrationsprojekt beteiligt, einem Projekt, das nicht nur die wirtschaftliche Integration beinhaltet, sondern auch ein Friedens- und Demokratieprojekt ist». Wenn wir Frieden und Demokratie wollen, bleiben wir gescheitert beim Schweizer Modell und erzählen unseren Mitmenschen in anderen Ländern davon – so sie gewillt sind zuzuhören.

Nationalrat Roger Köppel (SVP ZH) forderte als Gegenreferent, dass die Schweiz «der Europäischen Union endlich unmissverständlich zu verstehen gibt: Wir wollen hervorragende Beziehungen, wir wollen besten Wirtschaftsaustausch, aber wir sind nicht bereit, uns den Institutionen der Europäischen Union zu unterwerfen. Das können wir nicht tun, das wäre gegen die Verfassung. Da sind wir auch gar nicht zuständig, da ist letztlich der schweizerische Souverän verantwortlich. Wir müssen die Kraft haben, der Europäischen Union reinen Wein einzuschenken.»

Quelle: Postulat 21.3678 Fischer Roland. «Integration der Schweiz in den europäischen Binnenmarkt durch einen Beitritt zum EWR». Protokoll der Nationalratsdebatte vom 8.3.2022

vorbei. In seiner Neutralitätsbroschüre bildet er die bekannte Grafik der ETH zu deren jährlichen Umfragen ab. Auf die Frage «Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?» wählten in den letzten zehn Jahren um die 95% der Befragten die Antwort: «Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.» Weniger als 20% kreuzten an: «Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.» (Broschüre, S. 10)

Journalisten nutzen den Ukraine-Krieg zur Nato- und EU-Annäherung

Die Schweizer Tagespresse treibt derzeit das Knacken der Neutralität weiter voran. Der Bundesrat wird aufgefordert, im Zusatz zum Sicherheitspolitischen Bericht 21 «Ideen» zu liefern, «welchen Beitrag die Schweiz zur Sicherheit Europas leisten kann». Zum Beispiel: «Eine zentrale Frage betrifft die Weiterentwicklung der militärischen Neutralität. Die Schweizer Luftwaffe könnte bei erhöhten Spannungen für die militärischen Nachbarländer den Luftpolizeidienst im östlichen Alpenraum übernehmen.»³ (Hervorhebung mw)

Den Begriff «Neutralität» wollen wir Bürger aber nicht auf diese Weise verballhornen lassen!

In einem anderen Artikel wird die Vermittlung der Schweiz im Rahmen der OSZE 2014 als Mäntelchen für Geschäftemachelei abgetan: «Die Schweiz schaffte mit dem Mittelweg den Spagat, weder ihre westlichen Partner noch Wladimir Putin zu stark zu verärgern. Sie stellte öffentlichkeitswirksam ihre Guten Dienste zur Verfügung – und machte nebenbei auch gute Geschäfte.» Gleichzeitig drängt der Autor zu einer raschen Einbindung der Schweiz in die EU: «Das Zusammenrücken eröffnet neue Chancen und zeigt, dass die Schweiz mit der EU weit mehr verbindet als trennt. Die russische Invasion relativiert vorderhand Differenzen um den Lohnschutz und die Unionsbürgerrichtlinie. Für die Schweiz wird es noch vordringlicher, ihr Verhältnis zur EU, ihrer wichtigsten Partnerin, zu klären.»⁴ Mit dieser «Begründung» können die ernsthaften Einwände der Gewerkschaften und vieler anderer Bürger gegen das Rahmenabkommen nicht ausgeschaltet werden.

Uno-Sicherheitsratssitz für die Schweiz (leider) durchgewinkt

Der letzte Versuch der Gegner, die neutralitätswidrige Kandidatur für den Sicherheitsrat zu stoppen, wurde am 10. März im Nationalrat im Schnellzugtempo durchgewinkt und abgelehnt (125 zu 56 Stimmen bei 8 Enthaltungen), am 14. März im Ständerat (26 zu 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen). Damit steht die Kandidatur fest, und die Schweiz wird am 9. Juni mit hoher Wahrscheinlichkeit von der Uno-Generalversammlung als nichtständiges Mitglied in den Jahren 2023 und 2024 in den Uno-Sicherheitsrat gewählt werden.

Die Behauptung von Bundespräsident Cassis vor dem Nationalrat, «eine Mitgliedschaft sei mit der Neutralität vereinbar», wird durch häufige Wiederholung nicht wahrer. Wie die Schweiz sich heute im Ukraine-Krieg verhalte, so Cassis, «das hätten wir auch im Sicherheitsrat gemacht». Um so schlimmer! Damit würde sie «mit der jahrhundertealten Tradition der Schweizer Neutralität brechen» und «an Glaubwürdigkeit im Bereich der «Guten Dienste» verlieren», hielt Ständerat und SVP-Parteipräsident Marco Chiesa (TI) dagegen. Immerhin gab es in beiden Räten auch einige FDP- und Mitte-Politiker, die gegen die Mitgliedschaft stimmten oder sich der Stimme enthielten.

«Ohne Vertrauen kann man keine glaubwürdige Neutralitätspolitik betreiben»

In der heute aufgeheizten Stimmungsmache trauen sich nur wenige, sich hinter die immerwährende bewaffnete Neutralität der Schweiz zu stellen.

Fortsetzung auf Seite 7

Die neutrale Schweiz hat ganz andere Möglichkeiten als die Übernahme ausländischer Sanktionen

von Dr. rer. publ. Werner Wüthrich

War es wirklich klug, dass die neutrale Schweiz die im Ausmass ungewöhnlichen Sanktionen der EU 1:1 übernahm und sich so am Wirtschaftskrieg gegen Russland beteiligt? Sie steht in Russland auf der Liste der feindseligen Staaten – dies, nachdem zuvor beide Kriegsparteien die Schweiz angefragt und um Vermittlung gebeten hatten. Heute verhandeln sie an der Grenze zu Belarus (recht improvisiert) und in der Türkei – und nicht in Genf. Mit ihrer aktuellen Politik hat die Schweiz leichtfertig den bewährten Weg der Neutralität verlassen.

In den folgenden Zeilen werde ich an einem konkreten Beispiel zeigen, wie die neutrale Schweiz die Guten Dienste in einer ebenso schwierigen und gefährlichen Kriegssituation mit Erfolg einsetzte und damit ihre Position in der Völkergemeinschaft stärkte. Niemand sagte mehr, dass die Schweiz mit der Neutralität nur ihre eigenen, egoistischen Interessen durchsetzen wolle. Dieses Kunststück gelang im Algerien-Krieg, der nach acht Jahren mit Hilfe der Schweiz in Evian in einem echten und dauerhaften Frieden endete.

Algerien-Krieg (1954–1962)

Algerien war die grösste und älteste französische Kolonie, die formell als Teil Frankreichs galt. Mehr als eine Million französische Siedler hatten sich hier niedergelassen. 1954 begann der Unabhängigkeitskrieg. Die algerische *Front de Libération Nationale* FLN wurde aus Tunesien und Marokko unterstützt, die beide bereits unabhängig geworden waren. Frankreich hatte ständig etwa eine halbe Million Soldaten in Algerien im Kriegseinsatz – ähnlich wie wenige Jahre später die USA in Vietnam. Bis 1962 kämpften dort insgesamt etwa 1,7 Millionen Armeeangehörige – neben Berufsmilitär und Fremdenlegion auch viele Wehrpflichtige. Dieser grosse Krieg war umstritten – vor allem auch in Frankreich selbst.

Im Dezember 1958 wurde General *Charles de Gaulle* zum zweiten Mal zum Ministerpräsidenten und 1959 zum Staatspräsidenten gewählt, weil er den Krieg beenden und Algerien in die Unabhängigkeit entlassen wollte. Am 8. Januar 1961 setzte de Gaulle eine Volksabstimmung an. 75 Prozent der Stimmentenden in Frankreich unterstützten seine Politik. Mit der Abstimmung war das Ziel jedoch noch nicht erreicht. Nur wenige Tage später, am 20. Januar, gründete die Opposition in Madrid die *Organisation de l'Armée Secrète* (OAS), der viele französische Siedler angehörten, die Mühe hatten, sich vorzustellen, dass sie eines Tages nicht mehr im französischen Departement Algérie aufwachten, sondern im unabhängigen Algerien. Auch hohe Offiziere in der französischen Armee sympathisierten mit der OAS. Zur OAS gehörte eine Untergrundorganisation, die Anschläge verübte, um den Friedensprozess zu stören. Am 21. April 1961 führte die OAS in Algier einen Putsch an, an dem sich vier Generale der französischen Armee beteiligten, die sich gegen die Unabhängigkeit von Al-

gerien und gegen die Friedenspolitik von de Gaulle stellten. Der Putsch scheiterte zwar, aber die Situation blieb hoch gefährlich. Echte Friedensverhandlungen waren kaum möglich.

Hoffnung auf die Guten Dienste der Schweiz

De Gaulle und die FLN wandten sich in dieser schwierigen Situation an die Schweiz mit der Bitte, mit ihren Guten Diensten zu helfen. In einem ersten Schritt ging es darum, direkte Gespräche von Angesicht zu Angesicht zu organisieren. Die Gespräche fanden statt – angesichts der gefährlichen Situation unter höchster Geheimhaltung. Heute können die Berichte darüber mit allen Einzelheiten bei *dodis.ch* eingesehen werden (*dodis.ch/9709* und */10392*; */10413* und */10389*; */10307* und */398*). *Dodis.ch* ist das Informationsportal des Bundesarchivs.)

Hervorzuheben ist vor allem der fünfzigseitige Bericht von Minister *Olivier Long*: Zwei Mitarbeiter des Politischen Departements der Eidgenossenschaft (heute Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA), *Olivier Long* und *Gianrico Bucher*, hatten die Treffen mit grösster Diskretion vorbereitet und organisiert. Die Kontrahenten sollten vorerst in einem inoffiziellen, privaten Rahmen in Luzern zusammenkommen. De Gaulle bestimmte mit *Georges Pompidou* (dem späteren Staatspräsidenten) einen engen Vertrauten zum Verhandlungsführer. Die Gespräche fanden im *Hotel Schweizerhof* statt. Algerier und Franzosen trafen sich nach dem Morgenessen, verbrachten den ganzen Tag miteinander und diskutierten bis tief in die Nacht hinein. Long und Bucher sasssen im Nebenzimmer und achteten darauf, dass ja nichts Auffälliges nach aussen drang, das die OAS veranlassen könnte, die anlaufenden Friedensverhandlungen mit Gewalt zu stören. Long und Bucher schätzten die Situation jedoch als so gefährlich ein, dass sie die Gespräche nach wenigen Tagen nach Neuenburg verlegten.

Nach der zweiten Gesprächsrunde stand das Konzept für die offiziellen Friedensverhandlungen fest: Diese sollten in Evian stattfinden – auf der französischen Seite des Genfersees. In einer ersten Verhandlungsphase – die ebenfalls noch geheim war – ging es um einen Waffenstillstand. Die offiziellen Friedensverhandlungen sollten erst beginnen, wenn die Waffen in Algerien schwiegen. Erst dann sollten die Medien einbezogen werden – ein hoch anspruchsvolles Unterfangen.

Generalstabsmässige Vorbereitung der Friedensverhandlung

Es ging um viel, und es musste alles klappen. Die Verhandlungsdelegation der Algerier wollte aus begreiflichen Gründen nicht auf französischem Boden wohnen. Sie wurde auf der Schweizer Seeseite einquartiert und jeden Tag mit Militärhelikoptern oder bei schlechtem Wetter mit Schnellbooten über den Genfersee gebracht. Aber auch auf der Schweizer Seite fühlten sich

die Algerier nicht sicher. Die Armee bot zu ihrem Schutz ein Bataillon Soldaten auf. Die Algerier wechselten zudem jeden Tag den Aufenthaltsort, auch um vor den Medien geschützt zu sein. Die Kosten für diese generalstabsmässig organisierte Grossaktion wurden vollumfänglich von der Eidgenossenschaft getragen. Die Konferenz von Evian wurde zum Erfolg und endete mit dem Friedensabkommen von Evian. Algerien wurde in die Unabhängigkeit entlassen. Bucher und Long verfassten einen Bericht zuhanden des Departements (der heute unter *dodis.ch* nachgelesen werden kann). Im nachhinein zeigte es sich, dass die äusserst vorsichtige und hochprofessionelle Arbeit der beiden Mitarbeiter des Politischen Departements der Situation angemessen war.

Erfolg der Guten Dienste

Die Schweiz hatte mit ihrer neutralen Haltung geholfen, einen der brutalsten Kriege der neueren Zeit zu beenden, und sie hatte einen echten Frieden ermöglicht. Ohne die Wahrung strikter Neutralität wäre dies nicht möglich gewesen. Der schnelle Friedensschluss entzog der illegalen OAS politisch den Boden, so dass es gelang, auch im gespaltenen Frankreich die Spannungen abzubauen. Allerdings nicht ganz – nur Wochen nach dem Friedensschluss durchschlugen Kugeln von Attentätern die Limousine von Charles de Gaulle und verfehlten ihn nur knapp.

Auswirkungen des Friedens von Evian auf die Schweiz

Nur Wochen später erhielt Bundespräsident *Friedrich Traugott Wahlen* eine Einladung aus dem Elysée. General De Gaulle dankte für die segensreichen Dienste der Schweiz – Wahlen nutzte die Gelegenheit und trug dem französischen Staatspräsidenten das Hauptproblem vor, das ihn und den gesamten Bundesrat damals beschäftigte. Die USA drängten die Schweiz, mit der EWG einen Assoziationsvertrag abzuschliessen, der das Land auch institutionell in die EWG einbinden sollte – ganz ähnlich wie der gescheiterte Rahmenvertrag. So könne Europa mit einer Stimme sprechen, argumentierten die Amerikaner. De Gaulle ging auf das Anliegen der Schweiz ein. Seine Worte sind heute bekannt, weil Wahlen ein Wortprotokoll verfasste, das heute über *dodis.ch/30270* abgerufen werden kann:

Wahlen: «Ein weiterer Grund, der uns den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft verwehrt [...], sind die verfassungsrechtlichen Probleme. Wir können in unserer Referendumsdemokratie nicht Befugnisse an eine weitere Gemeinschaft abtreten, die dem Volk vorbehalten sind, das im vollen Sinn des Wortes der Souverän ist.» De Gaulle antwortete: «Frankreich begreift Ihren Wunsch nach einer Form der Verständigung mit der Europäischen Gemeinschaft, die nicht leicht zu finden sein wird. Sie dürfen aber versichert sein, dass Ihnen von Frankreich keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.»

Die Schweiz hatte in dieser wichtigen Frage einen Freund gewonnen, der den Boden für den anstehenden Freihandelsvertrag mit der Europäischen Gemeinschaft ebnete. Die Schweiz (und die anderen EFTA-Länder) reduzierten in den folgenden Jahren ihre Zölle im Gleichschritt mit der EWG und bereiteten so den angestrebten Freihandelsvertrag vor, der zu einer Art Freihandelszone zwischen den Ländern der EWG und der EFTA führen sollte. Nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen wurde der Vertrag am 22. Juli 1972 in Brüssel unterzeichnet. Der damalige Bundespräsident *Brugger* hielt anlässlich der Unterzeichnung eine Rede, die er mit den Worten begann:

«Das Abkommen zwischen der Schweiz und den Europäischen Gemeinschaften, das im Namen des Bundesrates zu unterzeichnen ich heute die Ehre habe, stellt einen entscheidenden Schritt dar in unserem traditionellen Bemühen, an der Integration unseres Kontinents mitzuarbeiten, soweit wir hierzu unter Wahrung der direkten Demokratie, der parlamentarischen Befugnisse und der neutralen Aussenpolitik in der Lage sind.» (*dodis.ch/36209*)

De Gaulle hatte politisch den Boden für den Freihandelsvertrag geebnet, den die Verhandlungsdelegation in Brüssel ausarbeitete – wie von der Schweiz gewünscht ohne politischen Überbau, das heisst ohne institutionelle Einbindung. Am 3. Dezember 1972 stimmten das Schweizervolk mit 72 Prozent der Stimmen und alle Kantone dem Vertrag zu. Soviel Zustimmung sollte eine «Europa-Frage» nie mehr erreichen. Der Vertrag war ein Erfolg, wurde er doch in den folgenden Jahrzehnten mit über 100 Zusatzverträgen immer wieder angepasst. Er ist heute noch gültig und hat zum Wohlstand, den nicht nur wir Schweizer heute geniessen, ganz wesentlich beigetragen. In wenigen Monaten – am 22. Juli – jährt sich das Datum des Vertragsabschlusses zum fünfzigsten Mal. Man kann gespannt sein, wie Bundesbern den Freihandelsvertrag würdigt. Er ist in meinen Augen einer der wichtigsten Wirtschaftsverträge oder der wichtigste Wirtschaftsvertrag in der Geschichte der modernen Eidgenossenschaft.

Und heute?

Die Neutralität ist mehr als eine Besonderheit der Schweiz. Sie ist eine staatspolitische Doktrin (*Edgar Bonjour*), die die gesamte Politik durchdringt. Mit ihrer aktuellen Politik hat unsere Landesregierung das Potential der Guten Dienste bei weitem nicht ausgeschöpft. Sie hat die einzigartige Chance vertan, einen Beitrag zu leisten – möglicherweise – für den Weltfrieden. In einer ganz besonderen Situation hätte sie eine Aufgabe übernehmen können, für die niemand sonst besser gerüstet ist. Die Welt braucht die neutrale Schweiz! •

Zum Hintergrund mit weiteren Einzelheiten vgl. Wüthrich, Werner. *Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz. Geschichte der freiheitlich-demokratischen Wirtschaftsverfassung der Schweiz*, Zürich 2020; S. 293–317

«Wer die Neutralität ins Wanken ...»

Fortsetzung von Seite 6

Paul Widmer, langjähriger Schweizer Botschafter und Lehrbeauftragter an der HSG, weist in einem Zeitungskommentar zunächst auf die zwei Seiten der Schweizer Neutralität hin: «Das Neutralitätsrecht muss der Bundesrat unbedingt einhalten. Das heisst: Er darf keine Partei militärisch unterstützen. So dürfte die Schweiz nie, wie Schweden es tut, Waffen direkt in die Ukraine liefern.» (Schweden nennt sich zwar ebenfalls «neutral», aber es ist Mitgliedsstaat der EU und deshalb deren Sicherheitspolitik verpflichtet.) «In der Neutralitätspolitik dagegen ist der Bundesrat freier», fährt Paul Widmer fort, warnt aber davor, sich durch den Druck der Strasse oder den Zeitgeist zu einer «impulsiven Neutralität» hinreissen zu lassen. Denn nur eine neutrale Schweiz könne «dem Frieden mit Guten Diensten und Vermittlungen

dienen. [...] Ohne Vertrauen kann man keine glaubwürdige Neutralitätspolitik betreiben.» Widmers Fazit: «Langfristig kann ein Land wie die Schweiz mit humanitärem Engagement und politischer Zurückhaltung meist mehr erreichen.»⁵

Sein Wort in des Bundesrates Ohr! Bereits hat Russland der Schweiz wegen ihres Abrückens von der Neutralitätspolitik die Quittung präsentiert. In einem Tweet vom 7. März hat die russische Regierung eine Liste russlandfeindlicher Länder verabschiedet. Dazu gehört auch die Schweiz [Швейцария] (*RIA Novosti @rianru, Russland*). Was für eine Blamage!

«Je schlimmer es in der Welt zugeht, desto wichtiger ist die Neutralität»

Der frühere Bundesrat *Christoph Blocher* spricht wie immer Klartext – in der heutigen Situation eine Wohltat. In einem Zeitungsin-terview sagt er: «Als neutraler Staat darf sich

die Schweiz nicht dazu hinreissen lassen, Partei zu ergreifen. [...] Durch die Teilnahme an den Sanktionen ist die Schweiz jetzt im Krieg. Dabei müsste man doch jetzt alles unternehmen, um diesen furchtbaren Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Als neutrales Land hätte die Schweiz einen besonderen Beitrag leisten können. Doch diese Chance hat die Schweiz nun leichtsinnig vertan.»⁶

Dass die Bundesrats- und Parlamentsmehrheit unter dem Druck von innen und aussen eingeknickt ist, sei «keine Friedens-Tat und keine Führungsstärke. Je schlimmer es in der Welt zugeht, desto wichtiger ist die Neutralität. Die Nichteinmischung ist nicht nur Selbstschutz, sie ermöglicht erst die Guten Dienste.»

Christoph Blocher plant eine Volksinitiative zur Stärkung des Neutralitätsprinzips in der Bundesverfassung. Wirtschaftliche Sanktionen sollen damit nicht mehr möglich sein.⁷

¹ https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/SchweizerischeAussenpolitik/neutralitaet-schweiz_DE.pdf

² «Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine» (946.231.176.72) vom 27. August 2014 (Stand am 28. Februar 2022)

³ Häsler, Georg. «Die Sicherheitspolitik braucht Szenarien, keinen parteipolitischen Kompromiss». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 9.3.2022

⁴ Gafer, Tobias. «Putins Krieg in der Ukraine ist für die Schweiz ein Weckruf». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 10.3.2022

⁵ Widmer, Paul. «Neutral ist man nicht mit dem Herzen, sondern mit dem Verstand». Gastkommentar in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 9.3.2022

⁶ Neuhaus, Christina. «Christoph Blocher: Je schlimmer es in der Welt zugeht, desto wichtiger ist die Neutralität.» Interview der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 7.3.2022

⁷ «Sanktionen gegen Russland. Blocher kündigt Volksinitiative zur Schweizer Neutralität an». In: *Tages-Anzeiger* vom 11.3.2022 (*SDA/sep*)

Die Vergessenen im «Haus des Lichts»

von Karin Leukefeld, Damaskus

Im Altenheim Beit Nour in der Altstadt von Damaskus verbringen alte Männer ihren Lebensabend. Fast alle sind allein. Ihre Kinder haben Syrien auf der Suche nach Arbeit verlassen. Andere wollen oder können sich nicht um ihre Väter kümmern.

Das neue Jahr beginnt mit Geschenken. Für die Männer des Beit Nour in der Altstadt von Damaskus kommen die Geschenke mit einer kleinen Delegation der Schwestern des Salesianer Ordens. Das Beit Nour, was so viel heisst wie *Das Haus des Lichts*, ist ein Altenwohnheim, das von Schwestern des Mutter Theresa Ordens geleitet wird. Die Ordensfrauen kommen aus aller Welt, um Armen und Schwachen in Syrien zu dienen. Vier Schwestern im Beit Nour werden von drei Helfern unterstützt, um die 26 Männer zu versorgen, die in dem Haus leben. Zwei Frauen bereiten in der hauseigenen Küche die Mahlzeiten zu. In Dweila, einem anderen Stadtteil von Damaskus, leiten die Schwestern ein weiteres Haus für alleinstehende ältere Frauen, das *Beit Hubi*, das *Haus der Liebe*. Sie stehen nicht gern im Licht der Öffentlichkeit. Fotos und Tonbandaufnahmen sind nicht gern gesehen. Auf den Einwand, dass die Öffentlichkeit doch erfahren solle, wie wichtig ihre Hilfe sei, entgegnet eine der Schwestern: «Unsere Arbeit ist für Gott, das reicht.»

Anders ist es, als die Schwestern des Salesianer Ordens im Januar das Beit Nour besuchen, um Geschenke zu überbringen. Die Delegation wird von Schwester *Carol Tahan* geleitet, die aus Aleppo stammt. Sie leitet das *Italienische Krankenhaus*, das 1913 von den Salesianern in Damaskus gegründet wurde. Vor dem Krieg war das *Ospedale Italiano* eine der angesehensten Kliniken in Damaskus. Doch seit 2011 haben viele Ärzte, Medizintechniker, Therapeuten und Pfleger das Land verlassen, der Klinikbetrieb kann fast nur noch mit Spenden aufrechterhalten werden.

Spendengelder, mit denen den Armen geholfen wird

Zu Weihnachten habe man dank dieser Spenden an die Mitarbeiter des Krankenhauses jeweils ein Weihnachtsgeld von 100 000 Syrischen Pfund verschenken können. «Die einen spenden für den Weiterbetrieb und medizinische Geräte, die das Krankenhaus braucht. Andere helfen, damit wir den Armen helfen.» Da gebe es «beispielsweise *Bernhard*» aus Deutschland, der mit seinem Verein in der Nähe von München seit Jahren Geld sammle und es an sie weiterleite. «In diesem Jahr konnten wir ein gebrauchtes CT-Röntgengerät kaufen, für Computertomografien, die immer dringend gebraucht werden. Ausserdem konnten wir von den Spenden diese war-



Schwester Carol Tahan verteilt Pullover an die Bewohner im Beit Nour. (Bild Karin Leukefeld)

men Pullover an die Alten verteilen. Einen Teil des Geldes haben wir an ein Textilunternehmen gezahlt, das die Pullover nähte, die wir dann hier im Beit Nour und den anderen Heimen verschenken.» Die Arbeiter hätten pro Pullover mit 15 000 Syrischen Pfund, umgerechnet etwa 4,60 Euro, einen guten Lohn erhalten. «Weil sie viele Pullover nähen konnten, haben sie auch gut verdient», sagt Schwester Carol. «Die Spenden helfen also auf beiden Seiten, den Arbeitern und den Alten. Und wir danken für die Unterstützung.»

Das Beit Nour ist ein altes Damaszener Haus und liegt versteckt in einer der vielen schmalen Gassen der Altstadt. Der hohe Innenhof ist mit einem Dach geschlossen, so dass ein Saal entstanden ist, der den Männern als Aufenthaltsraum dient. Die Pflanzen, die sich an den Mauern emporranken, sind weihnachtlich geschmückt. «Merry Christmas», «Frohe Weihnachten» steht auf einer Girlande, in der rote Weihnachtssterne aus Pappe stecken. Die Buchstaben sind aus rotem und grünem Glanzpapier geschnitten und leuchten im Sonnenlicht, das durch die Fenster im obersten Stockwerk fällt.

Drei grosse Stapel warmer Pullover

Drei grosse Stapel mit warmen Pullovern haben die Salesianer Schwestern auf einen Tisch getürmt, der wie ein Gabentisch vor der Krippe aufgebaut ist. Etwa zwanzig Männer blicken erwartungsvoll auf Schwester Carol, die eine kurze Ansprache hält. Am Ende ihrer Neujahrsgüsse schlägt einer der Männer auf seine Trommel. Sofort fallen die anderen Männer klatschend in den Rhythmus ein, aus einer hinteren Ecke des grossen Raums tritt langsam ein Mann hervor und bewegt sich tanzend im Rhythmus. Schwester Carol, die ebenfalls zur Trommel die Hände

zusammenschlägt, schliesst sich dem Tanzen an und gemeinsam drehen sich die beiden einige Schritte lang durch den Raum. Dann ruft Schwester Carol, dass es nun Zeit sei, die Geschenke zu verteilen, und die Männer kehren auf ihre Plätze zurück.

Die Salesianer Schwestern nehmen jeweils zwei oder drei Pullover in blau, grau, weiss und braun, zwischen denen die Männer wählen können. Die Pullover werden angehalten, um die Grösse zu prüfen, dann geht es weiter zum nächsten. Ganz zum Schluss erhält auch der Tänzer seinen Pullover. So gut er tanzen kann, so wenig kann er noch die Bewegungen seiner Arme koordinieren. Die Salesianer Schwestern helfen ihm bei der Anprobe, und schliesslich steht er im Kreis der Mitbewohner in seinem neuen Pullover und lächelt stolz. Beifall braust auf, doch das ist für den Mann dann doch zu viel Aufmerksamkeit. Rasch und ohne weiter in die Runde zu sehen, zieht er sich in ein abseits gelegenes Zimmer zurück und schliesst die Türe.

Die Einsamkeit ist das Schlimmste

Während die anderen Männer mit Unterstützung der Trommel weiter singen und tanzen, findet Schwester Carol Tahan Zeit für ein kurzes Gespräch. Einige der alten Männer seien bettlägerig und könnten nicht an der kleinen Feier teilnehmen, sagt die resolute Frau, die die graue Tracht einer leitenden Salesianer Schwester trägt. Sie hätten so viele Pullover mitgebracht, damit auch für diese welche ausgedacht werden könnten. Zudem sollten die Männer die Möglichkeit haben, ihre Pullover umzutauschen, falls sie zu klein oder zu gross ausgefallen seien. In den nächsten Tagen werde sie auch die Frauen im Beit Hubi in Dweila besuchen, um dort ebenfalls Geschenke zu übergeben. Ein weiteres Seniorenwohnheim sei das

Beit Saadi, in das sie auch Pullover bringen werde. «Dort leben 170 ältere Männer», erklärt sie. Einige seien Diplomaten, Professoren, Ingenieure oder angesehene Ärzte gewesen. «In ihren Zimmern hängen Fotos aus ihrem Leben, von ihren Familien und Kindern.»

Die Einsamkeit sei für die Alten das Schlimmste, weil sie keine Familie mehr in Syrien hätten. Ehepartner seien verstorben, die Kinder irgendwo im Ausland. Von den meisten der Männer im Beit Nour kennt Schwester Carol die Geschichte. «Dort drüben auf der Bank sitzt *Gabriel*, er ist 75 Jahre. Er kam eines Tages zu uns in den Konvent, weil er seine Tochter verloren hatte, bei der er wohnte. Er wusste nicht mehr weiter. Wir haben ihm geholfen, ein kleines Geschäft aufzubauen. Wir kauften ihm einen Trolley, mit dem er in der Nähe der Schulen Bonbons, Kekse und Kleinigkeiten für Kinder verkaufen und einen bescheidenen Lebensunterhalt verdienen konnte. Doch als der Krieg begann, musste er mit der Arbeit aufhören und dann wurde er hier im Beit Nour aufgenommen.» Die religiöse Zugehörigkeit der Männer spiele keine Rolle, sagt sie. «Niemand wird danach gefragt, alle sind willkommen.»

«Elf schreckliche Jahre vergangen»

Am nächsten Tag ist im Beit Nour wieder der Alltag eingeleitet. Morgens und nachmittags sitzen die Männer jeweils zusammen, und es ist Zeit für ein Gespräch. Manche spielen *Tawla* (Backgammon), ein beliebtes Brettspiel, andere blättern in Büchern oder unterhalten sich.

Der Trommler vom Vortag sitzt neben *Abu Majd*, der sich zu einem Gespräch bereit erklärt. Er möchte nicht, dass sein Name in der Öffentlichkeit genannt wird. In seinem «früheren Leben» war *Abu Majd* Inhaber von einigen der besten Restaurants in der syrischen Hauptstadt. «Ich hatte ein Restaurant in *Abu Rummaneh*, das *Sanabel* in *Al Qusour*, das *Vendome* in *Mezzeh*, ich hatte ein *China-Restaurant* und ein weiteres in der Altstadt von Damaskus. Das *Al-Waha-Restaurant* war auf dem Weg nach *Harasta*, es wurde abgerissen, weil dort eine Strasse gebaut wurde. Ein Restaurant war auf Kartoffelspeisen spezialisiert. Die Stimme des 60jährigen wird immer leiser, er wirkt bedrückt.

Auf die Frage, wie er seine Restaurants verloren habe, antwortet er kaum hörbar auf diese «schwierige Frage». 2011 habe es Probleme mit verschiedenen Unternehmen gegeben. Er sei eine Verbindung mit einem grösseren Unternehmen eingegangen, doch das habe ihm alle Restaurants abgenommen. Danach habe er keine Arbeit gehabt, alles Geld habe er verloren, seine Frau habe ihn verlassen, und er sei krank geworden. Ein Priester habe ihm geholfen, im Beit Nour aufgenommen zu werden. Von seiner Familie werde er weder unterstützt noch besucht. Zwei Söhne seien in den Vereinigten Arabischen Emiraten und suchten Arbeit. Nur seine älteste Tochter habe ihn besucht, doch auch sie habe das Land verlassen.

Das Leben im Beit Nour sei gut, sagt *Abu Majd*. Er verbringe die Tage mit seinen «Freunden». Er lese viel, wenn er in seinem Zimmer sei, das er sich mit zwei anderen teile. Die Bücher im Beit Nour seien «ausschliesslich religiös», er lese auch seine eigenen Bücher über Geschichte, Politik und Romane. Sein ganzes Leben habe er in sehr guten Verhältnissen gelebt, sagt er. Doch «nun sind elf schreckliche Jahre vergangen, und ich glaube nicht an eine bessere Zukunft». Im Beit Nour habe er viel über die Religion gelernt und eine neue Familie gefunden: «Wir halten zusammen und helfen uns gegenseitig.»

Im Hintergrund erklingen religiöse Lieder, die Männer schieben ihre Stühle in einen Kreis, andere ziehen sich zurück in ihre Zimmer. Eine elegant gekleidete Damaszenerin ist gekommen und hat im Stuhlkreis Platz genommen. Sie liest aus einem schmalen Buch vor, hin und wieder antworten die Männer im Chor. Die Schwester des Mutter Theresa Ordens zeigt an, dass es (für die Besucherin) Zeit ist zu gehen. Auf dem Weg zum Ausgang ruft einer der Männer: «Alles Gute zum Neuen Jahr. Kommen Sie wieder!» Fast unmerklich nickt *Abu Majd* mit dem Kopf zum Abschied.



Schwester Carol tanzt mit einem Bewohner zur Trommel. (Bild Karin Leukefeld)

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.-/ Euro 108.-

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.